

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 40

Duisburg, den 1. Oktober 1932

33. Jahrgang

Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften



Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands tagte vom 19. bis 21. September 1932 in Düsseldorf. Er war ein Kongress der Anklage gegen unerhörte Ungerechtigkeiten, gegen die soziale Not, gegen das überhandnehmende wirtschaftliche Elend in breitesten Arbeiterschichten, ein Kongress der Forderung nach berechtigter innerer und äußerer Freiheit, ein Kongress der Gewissenshärfung für das gesamte deutsche Volk und vor allem für die gegenwärtige Regierung.

Wer glaubt, das sei allein eine negative Seite gewesen, der irrt sich sehr. Denn diesen Schrei der gequälten Arbeiterschaft in die Öffentlichkeit zu geben, ihre Leiden auszuzeigen, ist zugleich die dringlichste Mahnung, am Aufbau einer wahren und wirklichen Volksgemeinschaft zu schaffen. Die ungeheuren sozialen Spannungen müssen zerstörerische radikale Kräfte lösen, welche größte Gefahrenmomente für unser staatliches und gesellschaftliches Leben in sich bergen.

Das beschwörende Aufmerksam-Machen auf diese Erscheinungen, über welche vielfach hinweggeglitten wird, ist eine bedeutsame positive Tat des Kongresses. Denn es kommt wirklich nicht immer auf paragrafisierte und fest fixierte Programme an, in denen man in Deutschland das Heil der Welt zu erblicken scheint. Es gibt Zeiten, in denen das klare Herausstellen jener Imponderabilien, jenes Unwägbaren, aber zu furchtbaren Folgen Hindrängenden eine höchst nationale Tat ist; und das um so mehr, wenn zu gleicher Zeit beachtliche Wege gezeigt werden, auf denen aus der einseitigen Belastung einer Schicht eine gerechte Verteilung der Lasten auf die

Schultern aller erfolgen kann. Das ist das Große und die bedeutende Leistung des 13. Kongresses gewesen.

Die christliche Arbeiterschaft ist nicht aus Prinzip gegen jene Notverordnungen, welche zum Wohle von Wirtschaft und Staat erlassen werden. Aber sie bekämpft alle einseitigen Notverordnungen, welche den Staat sowohl als auch jedes volksgemeinschaftliche Gefühl untergraben.

Es war ergreifend, wie aus den düsteren Schilderungen herbster Not immer wieder der nationale Gedanke der christlichen Arbeiterschaft, dem Jakob Kaiser in Blut und Wortgewalt in seinem Referat Ausdruck verlieh, hervorleuchtete. Deutschlands ärmster Sohn ist wieder einmal sein getreuester. Wie ganz anders ist diese nationale Hingabe der Arbeiternot als jenes sogenannte Nationalgefühl des deutschen Kapitalismus, der nach Pinkernells — eines den Kapitalisten nahestehenden Herrn — Ausführungen nach Lichtenstein mit seinem Geld flüchten würde, wenn man etwa an die Sozialisierung des deutschen Bergbaus heranzugehen wolle.

So konnte es denn auch aus dem nationalen Denken der christlichen Arbeiterschaft heraus auch gar nicht ausbleiben, daß sie sich abermals gegen jede Tributleistung und sonstige ungerechte außenpolitische Lasten aussprach.

Es gab Stunden — und sie sind aus dem Tageskampf heraus auch viel zu sehr erklärlich —, wo die Interessen der einzelnen Arbeitergruppen erst in schwerem geistigen Ringen aufeinander abgestimmt werden mußten. Aber der Angriff der sozialen Reaktion nach der sozialen und wirtschaftlichen Seite hin schmiedete eine so feste Einheit, gegen welche Einzel-

Düsseldorf 1932



Interessen zurücktraten. Der Kongress wandte sich einmütig mit Einschluß der Landarbeiter gegen eine Autarkie und die Kontingentierungsbestrebungen der Regierung und forderte in einem dringenden Telegramm Abkehr von dem beschrittenen Wege.

Wir stehen in einer Zeit der Wende. Ungeheure Revolutionen, vor Jahrhunderten als Ideen geboren im Widerstreit mit dem Bau christlichen Denkens und Wirtschaftens, beginnen den letzten Kampf auszukämpfen. Was soll dann werden? Gibt es eine bessere Wirtschaftsform als die gegenwärtige? Auf diese quälenden Fragen suchten Baltrusch und

Theodor Brauer Antwort zu geben, indem sie dem nebelhaften Radikalismus den Beginn einer auf sittlichem Wollen basierenden Möglichkeit einer künftigen Wirtschaftsform entgegenstellten. Wenn das als „negativ“ abgetan wurde, so deshalb, weil darin ein sehr gefährlicher Angriff auf das Gebäude des Privatkapitalismus enthalten war.

Fester als je steht die Arbeiterschaft zusammen, um gegen Not, Elend und Arbeitslosigkeit anzukämpfen. Sie weiß, daß es um letzte, um höchste Werte geht, um die „Freiheit des gemeinen Mannes“. Dafür kämpfen wir in den Gewerkschaften mit unserer letzten Hingabe.
G. W.

Unsere gewerkschaftlichen Aufgaben nach dem Kongress

Die gewerkschaftlichen Ausstrahlungen des Düsseldorfer Kongresses der christlichen Gewerkschaften gewinnen in dem Maße an Bedeutung, je trüber und erschütternder das Bild ist, welches die Lage der handarbeitenden Schichten bietet. Jeder Verband muß für sich seine Schlussfolgerungen daraus ziehen. Im Rahmen eines Artikels kann jedoch nur andeutungsweise darauf eingegangen werden.

Die soziale Reaktion konnte ihre übermächtige Stärke nur erreichen, indem sie alle ihre Kräfte auf allen Gebieten spielen ließ. Sie suchte vor allem sich die öffentliche Meinung untertan zu machen. Sie diffamierte Gewerkschaften und Gewerkschaftler, spottete über Arbeitslose und Rentenempfänger und unterdrückte geflissentlich jede Äußerung über die verzwelfelte Not in weitesten Arbeiterschichten.

Diese Räte aber müssen dem deutschen Volke nahegebracht werden, denn das Volk weiß durchweg gar nicht, wie es um die Arbeiterschaft steht. Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Arbeiterschaft ist eine vordringliche Angelegenheit.

Schichten, welche — wie die Arbeiterschaft — erbittert um ihr Recht ringen müssen, bedürfen eines notwendigen Einflusses in der Gestaltung der öffentlichen Meinung. Industrie und Landwirtschaft, an sich mächtiger und gefestigter in der Öffentlichkeit, ließen trotzdem keine Gelegenheit vorübergehen, um ihren Einfluß auf Presse, Nachrichtenbüros und Literatur auszuweiten, Angelegenheiten, welche an sich ebensowenig zum direkten Aufgabengebiet der Unternehmer gehören wie der Gewerkschaften. Aber die Zeitumstände, die steigende Macht der Presse, die gesteigerte Beeinflussbarkeit der Menschen, ließen Unternehmertum und Landwirtschaft verhältnismäßig schnell die Mittel ergreifen, welche die öffentliche Meinung mitbestimmen.

Die Bindung der Gewerkschaften an hohe und — wie sich in der Krise zeigte — doch nicht haltbare Unterstützungen aber ließ eines der wichtigsten Gebiete, das der Einflußnahme auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung, fast gänzlich unbeachtet. Wir brauchen das Unterstützungswesen nicht gering einzuschätzen. Duhende von Millionen sind in den letzten Jahren für Unterstützungen durch die christlichen Gewerkschaften ausbezahlt worden. Wenn nur ein Teil dessen für die öffentliche Meinung nutzbar gemacht worden wäre, wären viele sozialen Folgen gar nicht so schwer für die Arbeiterschaft geworden.

Dieser Kongress zeigte erneut die Wichtigkeit, daß die gesamte Arbeiterschaft über den eigenen Betrieb und Beruf hinaus schauen muß in Gesamtzusammenhänge. Ja, es hängt

eine gleichwertige Stellung der Arbeiterschaft in größtem Maße davon ab, daß man über die gegenwärtige Stunde hinaus blickt und das Blickfeld erweitert. Voraussetzung dazu sind starke geistige Auftriebskräfte. Diese können sich nicht in Polemik gegen den Gegner erschöpfen, sondern sie müssen positiv und grundsätzlich unsere Stellung untermauern. Das gilt für jeden, ob er freigestellter Kollege, Vertrauensmann, Betriebsratsmitglied oder Mitglied ist. Die Pflicht zur geistigen Tat besteht für jeden. Eine noch bessere Organisation des Versammlungs- und Kursuswesens, eine noch vertieftere, inhaltsreichere und auch interessantere Darstellung muß für die Versammlungen gefunden werden. Wenn der christliche Metallarbeiterstand auch wohl sagen darf, daß er hinsichtlich der sachlichen Leistungen und der finanziellen Aufwendungen (absolut und relativ) für Bildungswesen mit an der Spitze steht, so darf das noch nicht genügen.

Das Dritte und sicherlich das Fundament ist die Sammlung starker mitgliedermäßiger und finanzieller Kräfte. Wer die Darlegungen des Kongresses an seinem Auge vorbeiziehen läßt und die Zeitläufte betrachtet, der wird zu der Ueberzeugung kommen, daß die folgenden Jahre aller Wahrscheinlichkeit nach weitere Großkampffahre werden. Wer die Vorbereitungen auf dem Gebiet der Gestaltung der öffentlichen Meinung, politischer Kräfte, des Märbemachens der Arbeiterschaft durch Maßnahmen, die man vergeblich mit dem Mäntelchen des „Christlichen“ und „Nationalen“ zu bekleiden versucht, aufmerksam verfolgt, sieht unsoziale Strömungen größten Ausmaßes an der Tätigkeit, den Gewerkschaften den finanziellen Blutstrom noch weiter abzuzapfen und sie für die Erhaltung rechtlicher und sozialpolitischer Interessen schachmatt zu setzen. Es liegt an der Arbeiterschaft selbst, ob sie sich das gefallen lassen will. Abwenden läßt sich freilich so etwas nicht mit Radikalismen, sondern mit möglichster Stärkung der Verbandsfinanzen durch pünktliche Beitragszahlung, durch Eingruppierung in die richtige Beitragsklasse.

Das Vierte, aber deshalb in der gewerkschaftlichen Arbeit das Erste, ist die Intensivierung der Agitation, der Werbearbeit. Hätte doch nicht an manchen Orten durch tatkräftiges Zutun mehr geschehen können bei der Hausagitation, bei der Betriebsagitation? Hätte nicht manche Schwierigkeit selbst in dieser schweren Zeit mit einigem guten Willen ausgemerzt werden können?

Wir wollen weiter und wollen aufwärts! Gut, schaffen wir die Voraussetzungen dazu! Suchen wir auch diesen Kongress nutzbar für unsere Herbstwerbearbeit zu gestalten. Wbr.

Der Auftakt zum Düsseldorfer Kongress

Die christliche Gewerkschaftsjugend marschierte. Tausend, fünftausend, achttausend, immer mehr, zehntausend, der Zug nimmt gar kein Ende. Zwölftausend Jungmänner und Mädchen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zogen in festem Schritt und Tritt am Sonntag, 18. September, durch

Düsseldorf. Die Fahnen und Wimpel flattern, die Musik läßt frohe Weisen erschallen. Bergleute ziehen vorüber, von Knappen geführt, Bauarbeiter, Holzarbeiter, alle, alle. Ein Ruf nach Licht und Leben, ein Protest gegen Not und Elend. Wer war, so schreibt „Der Deutsche“ mit Recht, nicht auch mit bei diesem Protest. Selbst die vielen Menschen, die Spa-



hier bildeten, riefen: So ist es recht! Erschütternd, wie die im Zuge befindlichen Erwerbslosen sich Beachtung verschafften. „Not, Not, Not, das Schicksal der erwerbslosen Jugend“ rief ein großes Schild in die Menge hinein. Und wie elend die Jungen und Mädchen (übrigens viele Mädchen waren zur Stelle, alle Achtung!) ausahen. Von blühender Jugend konnte keine Rede sein. Allen stand, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, die bittere Not im Gesicht.

Aber sie war dennoch nicht mutlos, unsere Jugend. „Mit uns zieht Franz Wiebers Geist“ sangen die jungen Metallarbeiter. 1500 Jungmetallarbeiter marschierten mit Stolz an ihrem alten Führer vorüber. So zogen denn die Tausende mit Gesang und Musik durch Düsseldorfs schöne Straßen.

Die Tonhalle weiß das zahlreiche junge Leben nicht zu fassen. Der Kaisersaal ist voll, voll bis zur zweiten Galerie. Der Rittersaal ist ebenfalls gefüllt bis zum letzten Stehplatz, und doch, der Tonhallengarten mußte den „Rest“ fassen, der noch nach Tausenden zählte.

Wundervoll in seiner Wirkung der Einmarsch der Fahnen und Wimpel. Wer will sie zählen in ihrer nicht zu entwirrenden Fülle, ein regelrechter Fahnenwald. Mit Recht konnte am Abend Bernhard Otte von einer machtvollen, bedeutenden Jugend-Kundgebung sprechen.

Minister Dr. Stegerwald nahm an ihr teil, ferner Gronowsky, Oberpräsident Westfalens, die Reichstagsabgeordneten Giesberts, Erising, Schlad, Riemer, Ernst. Sämtliche Verbandsvorsitzenden, voran unser 1. Verbandsvorsitzender Kollege Wieber, waren anwesend. Ferner Vertreter von der Saar, von Eupen-Malmedy und von Oesterreich. Ein Sprechchor riß die Teilnehmer durch seine packende Sprache hin. Paul Probst, der junge sympathische Führer unserer Metallarbeiter-Jugend, sprach sodann. Er stellte die christliche Gewerkschaftsjugend an die Schmiede der Zukunft. Durch organisierte, geschulte, gut gebildete Kräfte will er die christliche, nationale, soziale und demokratische Zukunft sichern. Die Jugend spendete ihm reichen Beifall. Für die weibliche Ju-

gend sprach Grete Pappenheim. Dann sprach Imbusch. Mit packenden Worten riß er die Jugend fort. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung an die Jugend, nach Kräften mitzuwirken, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland so gestaltet werden, daß auch die Arbeitnehmer zu ihren Rechten kommen. Franz Fischer sprach das Schlußwort.

Am Abend war die Tonhalle wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Reichsarbeitsminister Schäffer, Regierungspräsident Bergemann, Staatssekretär Funke (München), Oberbürgermeister Lehr (Düsseldorf), Vertreter der politischen Parteien und der beiden christlichen Konfessionen waren vertreten. Reichsarbeitsminister Schäffer prägte eingangs seiner Rede beachtliche Worte über den Wert der Gewerkschaftsbewegung. Er sagte u. a.:

„Bei der Schöpfung des sozialen Rechts lag die Initiative nicht immer bei der Obrigkeit. Der Anstoß dazu kam oft von unten, von den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften haben auch den Inhalt des neuen Rechts und seine Durchführung beeinflusst. Ich erkenne gern den starken Anteil an, den dabei die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer in der Vergangenheit hatten. Die Befreiung des Arbeiterstandes ist zum guten Teil das eigene Werk der Arbeiter.“

In der Volkswirtschaft ist die Gewerkschaft nicht mehr zu entbehren. Wer von den Gewerkschaften die Abrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat wird auch künftig das freie Spiel der Kräfte auf dem Markte für Lohn- und Arbeitsbedingungen zunächst den auf dem Boden der Selbsthilfe aufgebauten Organisationen überlassen. Er wird aber nicht darauf verzichten, dann einzugreifen, wenn es für das allgemeine Interesse unerlässlich ist.“

Als dann jedoch der Reichsarbeitsminister um Vertrauen für die Notverordnung der Regierung Papan warb, setzte eine Opposition ein, die um so mehr Fingerzeig für die Regierung sein sollte, als gerade die disziplinierteste Truppe der Arbeiterschaft ihrer Empörung über die letzte Notverordnung Ausdruck gab.

Der Abend insgesamt hinterließ in allen seinen Darbietungen und Ansprachen einen sehr starken Eindruck auf jeden Teilnehmer.

Verlauf des 13. Kongresses der christlichen Gewerkschaften

Erster Tag

Nach feierlichen Gottesdiensten eröffnete um 10 Uhr der Vorsitzende Kollege Otte den Kongress. Zahlreich waren die Gäste wieder erschienen. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Erzellenz von Kossitz, begrüßte besonders warmherzig den Kongress. Sodann erstattete

Bernhard Otte

den Bericht über

Entwicklung und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren.

Das Bild, das wir heute vor uns sehen, und das seit dem Frankfurter Kongress in stets wachsender Verschlechterung entstanden ist, ist sowohl wirtschaftlich wie weltwirtschaftlich, innerpolitisch wie sozialpolitisch außerordentlich ernst und gefährdend. Wenn auch in letzter

Zeit Stimmen aus der Wirtschaft laut werden, die einen baldigen Umschwung zum Besseren glauben voraussagen zu können, so tun wir doch — besonders auch im Hinblick auf das vorhin Gesagte — gut daran, uns nicht auf eine plötzliche Wendung zum Besseren einzustellen. Jedenfalls wird der vor uns liegende Winter gewaltige Anforderungen stellen.

Es ist nun nicht nur naheliegend, sondern selbstverständlich, daß die vorhin geschilderten Verhältnisse auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung sowohl im allgemeinen, als auch auf unsere Bewegung im besonderen, stark einwirken mußten. Die Auswirkung ist selbstverständlich bei den Verbänden verschieden, weil auch die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen verschieden groß ist. Wenn einige Verbände, selbst in diesem Sommer, noch 85 bis 90, andere 70 bis 80, wieder andere 60 bis 70 Prozent ihrer Mitglieder arbeitslos haben, dann bedarf es gar keiner besonderen Betonung, daß diese Verhältnisse die Kraft der Verbände auf das stärkste beeinträchtigen müssen. Stärker noch als der Mitgliederverlust ist der Rückgang der Einnahmen. Während in den letzten drei Jahren der Verlust an Mitglieder 10,2 Prozent beträgt, sind die Einnahmen um 21,5 Prozent zurückgegangen. Es ist klar, daß die Ausgaben unter solchen Umständen stark gedrosselt werden mußten. Diese Ausgabendrosselung wurde auch allseitig vorgenommen. Zuerst und vor allen Dingen im Hinblick auf die Verwaltungskosten (Gehälter, sachliche Ausgaben, Einschränkungen in der Zahl der angestellten Kräfte usw.).

Was nicht durch beamtete Kräfte geschehen kann, muß durch ehrenamtliche Mitarbeit und vor allem durch vermehrte Gemeinschaftsarbeit unter den Verbänden selbst zu erreichen gesucht werden. Die vermehrte Pflege der Gemeinschaftsarbeit in dieser Zeit bedingt auch, daß unsere Orts- und Bezirkskartelle aufrechterhalten bleiben müssen, und daß die Kartellarbeit, die doch im besten Sinne des Wortes Gemeinschaftsarbeit ist, weiter gepflegt wird. Wenn es gelungen ist, in einer Zeit so schwerer Sorgen und Kämpfe und in einer so furchtbaren Wirtschaftskrise die Bewegung noch so zu erhalten, wie es geschehen ist, dann ist das kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften über große Kräfte verfügen. In Wirklichkeit steht es ja auch so, daß keineswegs das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften erschüttert ist. Das wird sich zeigen, sobald in den Konjunkturverhältnissen eine wirkliche Besserung eingetreten ist. Nicht zuletzt liegt die Stärke der Gewerkschaften ja auch darin, daß vornehmlich der Streiksamste, der geschulteste und der fachlich tüchtigste Teil der Arbeiterschaft bei den Gewerkschaften zu finden ist. Ferner mögen die gewerkschaftsfeindlichen Kreise auch folgendes bedenken: gerade in den unruhigen Zeiten haben sich die Gewerkschaften als ein den Radikalismus hemmendes und staats-erhaltendes Element bewährt. Ihre Tätigkeit und Haltung ist auch weit- hin der Wirtschaft selbst zugute gekommen.

Wir lehnen eine Agitation, die hemmungslos und ohne Verantwortung ist, die allen etwas verspricht, aber nichts hält, entschieden ab. Wir halten ein die Not des Volkes für agitatorische Bedürfnisse mißbrauchendes Vorgehen für verbrecherisch. Was wir aber verlangen — und auch in der Berichtszeit immer nachdrücklich verlangt haben —, ist ausgleichende Gerechtigkeit und eine Verrückung der in solchen Notzeiten unvermeidlichen Opfer nach gerechten und sozialen Maßstäben. Ein solches Vorgehen ist auch staats-erhaltend und wirtschafts-fördernd zugleich. Auch lehnen wir einen Rationalismus, der Gewalt, Haß und Klassenkampf von oben oder unten propagiert, nicht nur ab, sondern betonen nachdrücklich, daß unsere Arbeit entschieden in entgegengekehrter Richtung geht. Ich sage das auch im Hinblick auf die von der christlichen Arbeiterbewegung errichtete „Volksfront“. Sie ist kein Parteinstrument und soll keines sein. Sie soll auch nicht dem Kampfe Deutscher gegen Deutsche dienen, sondern einzig und allein dem Kampfe für wahre nationale Freiheit, für Ordnung, Wahrheit und Gerechtigkeit. Ich füge hinzu, daß wir alle miteinander glücklich wären, wenn wir diesen Kampf nicht mehr notwendig hätten und demzufolge keine privaten Kampfformationen mehr beständen.

Wir sind objektiv genug, um anzuerkennen, daß nicht alles, was an sozialpolitischen Errungenschaften da war, und daß nicht alle die geschaffenen sozialen Einrichtungen, die auf eine größere Produktivität und Ergiebigkeit der Wirtschaft abgestellt waren, in dieser furchtbaren Krise erhalten bleiben konnten. Dieses anerkennen bedeutet aber nicht, mit allen Einzelheiten der Regierungsmaßnahmen einverstanden sein. Während aber die frühere Regierung bemüht war, den Gedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit zu wahren und sich nicht den Kräften, die den sozialpolitischen Abbau mehr oder minder aus Prinzip wollten, unterordnete, wurde nach dem Sturze der Regierung Brüning scharf betont, daß man einen neuen Kurs steuern wolle. Die erste Verlautbarung der Regierung von Papen kündigte den Kurswechsel in einer Weise an, die geradezu ein Schlag ins Gesicht der schwer notleidenden Schichten war. Wir wissen, daß einschneidende Maßnahmen auch ohne den Regierungswechsel gekommen wären, also nicht zu vermeiden waren. Aber was die Regierung von Papen verordnet hat, geht u. E. über ein Maß, das man vom menschlichen und nationalen Standpunkt noch verantworten kann, hinaus. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß infolge der gewaltigen Abzüge, die Arbeitslosen heute tatsächlich ein Hungerdasein führen, daß die großen Kürzungen, in Verbindung mit der Ortsklasseneinteilung und der Bedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen, einen Zustand geschaffen haben, der dringend — und zwar nicht zuletzt auch im Interesse des Gesamtvolkes — einer entscheidenden Aenderung bedarf.

Wir als christlich-nationale Gewerkschaften, denen Gemeinschaftsgedanke und Gemeinschaftsarbeit ein Programm- und Zielpunkt unserer Arbeit ist, bedauern es sehr, daß in der Berichtszeit — nicht zuletzt durch den einseitigen Ansturm auf die Löhne und die Sozialgesetzgebung — die mehrfachen Anläufe, um zu einer Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu kommen, scheiterten. Die erste gemeinsame Aktion, die in ihrer Folgewirkung zu einer möglichst dauernden Sühnlungnahme und zu weiteren gemeinsamen Handlungen führen

sollte, fällt in den Juni 1930. Eine gemeinsame Verlautbarung war fertiggestellt, aber die Gemeinschaftshandlung scheiterte zu einem erheblichen Teil an extremen Elementen im Arbeitgeberlager. Die zweite Aktion Ende 1930, die vor allem auf Initiative von Dr. Stegerwald, dem damaligen Reichsarbeitsminister, zustande kam und von ihm weiter gefördert wurde, war bereits so weit vorgeschritten, daß die Verhandlungsführer und die Spitzen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften sich auf ein umfangreiches Programm geeinigt hatten. Schließlich scheiterte auch diese Aktion, und zwar an der ablehnenden Haltung der meisten der dem ADGB angeschlossenen Verbände. Wir haben diesen Ausgang bedauert, weil wir uns zum Arbeitsgemeinschaftsgedanken bekennen. Unsere Aufgabe muß es sein, an den Voraussetzungen einer fruchtbaren Gemeinschaftsarbeit, vor allem auch an der Schaffung einer im Sozialen wurzelnden Gemeinschaftsgefinnung zu arbeiten. Leider hat die politische und sozialpolitische Entwicklung der letzten Zeit fast alle Zukunftsaussichten zunichte gemacht.

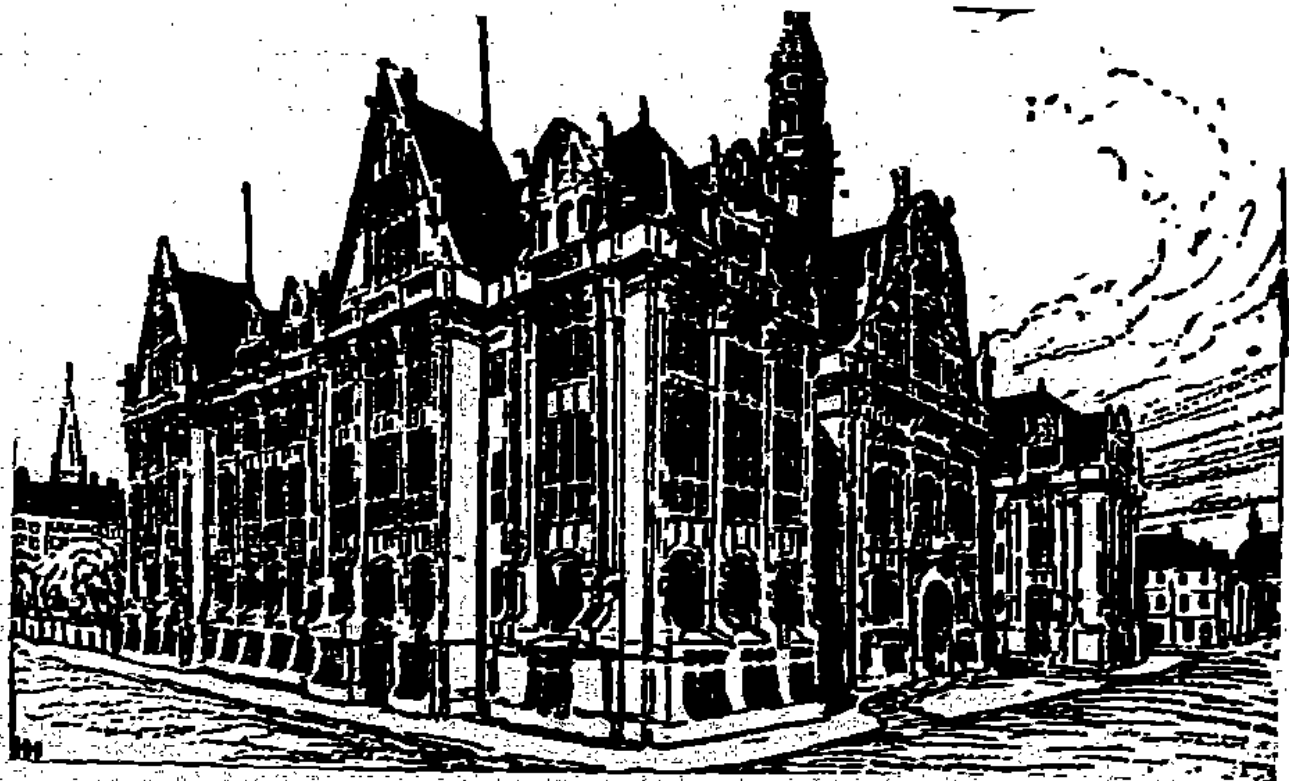
Trotz der schweren Krise und der Finanzschrumpfung dürfen wir auch in Zukunft die Schulung nicht vernachlässigen. Nur eine geistig hochstehende und die Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft kennende Arbeiterschaft kann sich im schweren Kampfe behaupten und Fortschritte erzielen. Es gilt weiter, ohne den Zusammenhang mit den Gesamterfordernissen der Wirtschaft und der Gewerkschaftsbewegung zu zerreißen, auch in der Richtung einer geordneten Betriebspolitik vorzustoßen. Von der Verfeinerung des Tarifwesens wurde schon im vorigen Jahre geredet. Gegenwärtig stehen wir aber am stärksten in diesem Auslockerungsprozeß drin. Wir haben uns nachdrücklich gewehrt gegen das Verlangen, einen abdingbaren freien Lohnspielraum in die Tarife einzuführen, weil das, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, unweigerlich zu mehr oder minder allgemeinen Lohnsenkungen führt und mit größerer Elastizität nichts mehr zu tun hat. Allerdings liegt es so, daß gewiß nicht überall, aber doch in mancher Beziehung, eine bezirkliche und branchenmäßige Auslockerung gut und zweckmäßig ist. Und wo man einzelnen Firmen Rechnung tragen will, da soll es nicht einseitig auf Verlangen des Arbeitgebers, sondern in Verbindung und unter Einschaltung der Gewerkschaften geschehen. Wirklichen Erfordernissen wollen und müssen wir Rechnung tragen. Aber wir wollen uns auch nicht die Grundlagen des Tarifrechts unterhöhlen lassen. Die letzte Notverordnung geht auch hier in ihren Auswirkungen zu weit. Sie birgt zudem die Gefahr einer Verschiebung der Konkurrenzverhältnisse in sich, die einseitig zugunsten der Firmen geht, die niedrigere Löhne zahlen. Im übrigen darf ja auch nicht vergessen werden, daß keine Volksschicht unter so beweglichen Lohnverhältnissen arbeitet wie die Arbeiterschaft. Etwa 80 Prozent der Arbeiter sind im Akkord, der auf Leistung abgestellt ist und infolgedessen einen großen Beweglichkeitsfaktor und starke Lohnspannen in sich birgt, beschäftigt. — Die Verbindlichkeitsklärung wollen wir aufrechterhalten wissen, wünschen aber eine Handhabung derselben, die auch dem sozialen Grundgedanken dieser Einrichtung Rechnung trägt.

Wir sind und bleiben eine deutsche, eine auf christlichem Boden stehende, aber parteipolitisch und konfessionell ungebundene Bewegung. Die parteipolitische Neutralität ist aber nie so verstanden worden und kann auch nicht so verstanden werden, daß wir gegen Parteien, die sich gegen die Gewerkschaften erklären, und die sich gewerkschaftsfeindlich und antisozial betätigen, nicht Stellung nehmen dürfen. Im Gegenteil: Die parteipolitische Neutralität bedingt auch Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber allen Parteien. Unser Bekenntnis zum Christentum trennt uns von allen Richtungen, deren Bestrebungen dem Christentum entgegenstehen. Dieses Bekenntnis trennt uns auch von der Sozialdemokratie — ich brauche das nicht besonders zu betonen —; aber wenn es nun Krise gibt, die von uns verlangen, wir sollten so tun, als wenn wir überhaupt keine Arbeiterinteressenvertretung mehr sind und eine ganz einseitige öde „Marxistentöretei“ mitmachen, dann lehnen wir das entschieden ab.

Wir stehen auf christlichem Boden, weil die christlichen Grundsätze die beste Gewähr und Sicherheit für ein Leben der Menschen in Ordnung, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit bieten. Uns hindert also das Christentum nicht, sondern im Gegenteil, es verpflichtet uns, an einer Besserung der Zustände und an einer gerechten und sinnvollen Wirtschaftsordnung zu arbeiten. Mehrfach ist schon gesagt worden, daß unsere Zeit einen Wendecharakter trägt. Das gilt auch in bezug auf Wirtschaft und Wirtschaftsformen. Nicht in dem Sinne, als ob das kapitalistische Wirtschaftssystem schon morgen zu Grabe getragen würde, und daß dann ganz etwas Neues dastände. Daß aber in langamen Werden, verbunden mit harter und zielbewusster Arbeit, Neues wachsen wird und wachsen muß, fühlen wir alle. Gerade die christliche Arbeiterbewegung, vor allem die christlichen Gewerkschaften, müssen, in kraftvollem Vorwärtsdrängen, neuen und gesunden Formen, Formen, die in erster Linie in der Gemeinschaft und stärkerer Selbstverwaltung liegen, eine Gasse bahnen.

Nach Otte sprach der erste Führer unserer Metallarbeiter Franz Dieber

In eindringlicher Weise zur augenblicklichen Lage. Er erinnerte an die schweren Opfer, die die Arbeitnehmer während der letzten Jahrzehnte gebracht haben, an ihre Verzichte auch dort, wo sie mit Recht fordern könnten. Er erinnerte an ihre Opferbereitschaft gegenüber dem Staat und dem Volk in jeder Situation. Ihre Haltung sei nicht von klingenden Münzen abhängig gemacht worden, sie hätten keine Geschenke in Höhe von vielen Hunderten Millionen dafür bekommen, wie die Arbeitgeber. Diese Opferbereitschaft gegenüber dem Volk und Vaterland werde auch in Zukunft für die christlich-nationale Arbeiterbewegung etwas Selbstverständliches sein. Aber ebenso selbstverständlich sei es, daß sich dieselbe Arbeiterschaft nicht von einer kleinen, machtlusternen Herren-Clique niederdrücken lasse. Auch die Herrenklub-Leute sollten rechtzeitig erkennen, daß das deutsche Volk so geschult sei, daß es sich nicht von einer



Stahlhof Düsseldorf, der Sitz der Großeisenindustrie

„O Deutschland, hoch in Ehren!“



„Beruhen, gnädigste Fürstin, diese kleine Gabe als Abfindungssumme von der allzeit getreuen Regierung von Medlenburg-Strelitz entgegenzunehmen. Ihr Glück ist ja auch unser Glück.“

Der Spruchauschuß der Bezirksfürsorgestelle Dieburg lehnte vor kurzem ein Unterstützungsgesuch der 79jährigen armen Witwe Ries ab, mit der Begründung, sie möge sich nach Arbeit umsehen.

dünnen Oberschicht beirren lasse. Die deutschen Arbeitnehmer nehmen teil an dem Unglück des deutschen Volkes, sie wollen aber auch teilnehmen an seinem Glück, an seinem Recht, an seinen Freiheiten.

Es gibt Leute, so betonte Wieber, und zwar recht viele, die halten die Gewerkschaften für ein großes Uebel. Wir wissen auch warum. Aber wir nehmen zur Entschuldigung all der Gewerkschaftsgegner an, daß sie gar keine Ahnung davon haben, was Deutschland solchen gewerkschaftlich organisierten und disziplinierten Arbeitnehmern zu verdanken hat. Wenn wir in Deutschland einmal einige Jahre keine Gewerkschaften hätten, dann würden wir erkennen, wie außerordentlich wertvoll die Gewerkschaften sind. Die sozialen Unruhen in anderen Ländern zeigen deutlich, was geschieht, wenn die Arbeitermassen eines Landes nicht organisiert und nicht diszipliniert sind. Heute sagen die Revolutionäre schon wieder: wenn wir noch einmal das Heft in die Hand bekommen, und wenn die Herrenklub-Leute am Ruder bleiben und Revolution von oben machen, dann kommen auch noch einmal die Revolutionäre von unten an das Ruder. Dann werden sie das wahrhaben, was sie sich heute mit Grimm in ihrem Herzen vornehmen. Wieber erinnerte dann an ein Gespräch zwischen Windthorst und Bismarck. Windthorst habe Bismarck darauf hingewiesen, daß Basonette zwar ganz brauchbare Instrumente seien, daß man sie für diesen und jenen Zweck gebrauchen könne. Aber man könnte sich nicht darauf setzen. An diese Wahrheit sollten auch die heutigen Machthaber denken.

Wieber erntete stärksten Beifall. Es zeigt sich, daß in dieser Frage alle einig mit dem greisen Führer gehen.

Im Laufe des Nachmittags hielt der Landesgeschäftsführer von Westdeutschland

Jakob Kaiser

sein Referat über

Der volkspolitische und nationale Wille der christlichen Gewerkschaften.

Kaisers Temperament, klare Sichtung der politischen Linie und die Kraft der nationalen Hingabe, die aus ihm für die Bewegung sprach, war die notwendige Ergänzung zu dem Protest des Kongresses gegen die Einseitigkeit der Regierung Papan. Kaiser führte aus:

Der Essener Kongreß von 1920 war im Wirtwart der Nachkriegszeit, im Streit der Parteien und Volksgruppen ein bedeutames Volkserebnis. Wir haben aber nicht genügend Kraft gehabt, unsere Idee, unseren volkspolitischen Willen in der Gesamtheit des Volkes durchzusetzen. Die stärkste politische Gruppe, die Sozialdemokratie, konnte keine volksumfassende Politik führen. Die Demokraten standen stark unter dem Einfluß eines jüdisch-pazifistischen Geistes. Und die anderen Kreise, die herrschenden Schichten von gestern, die Träger des alten Gedankens vom Vaterland, taten viel, um die volkspolitische Linie des jungen Volksstaates zu stören. So war es kein Wunder, daß sich vor allem in der deutschen Jugend bald ein anderer Geist regte, ein radikal-nationaler Geist. Aber da setzte auch schon die himmelschreiende Sünde reaktionärer Kreise ein, die diese Bewegung ihren volksfeindlichen Zwecken dienstbar zu machen suchten.

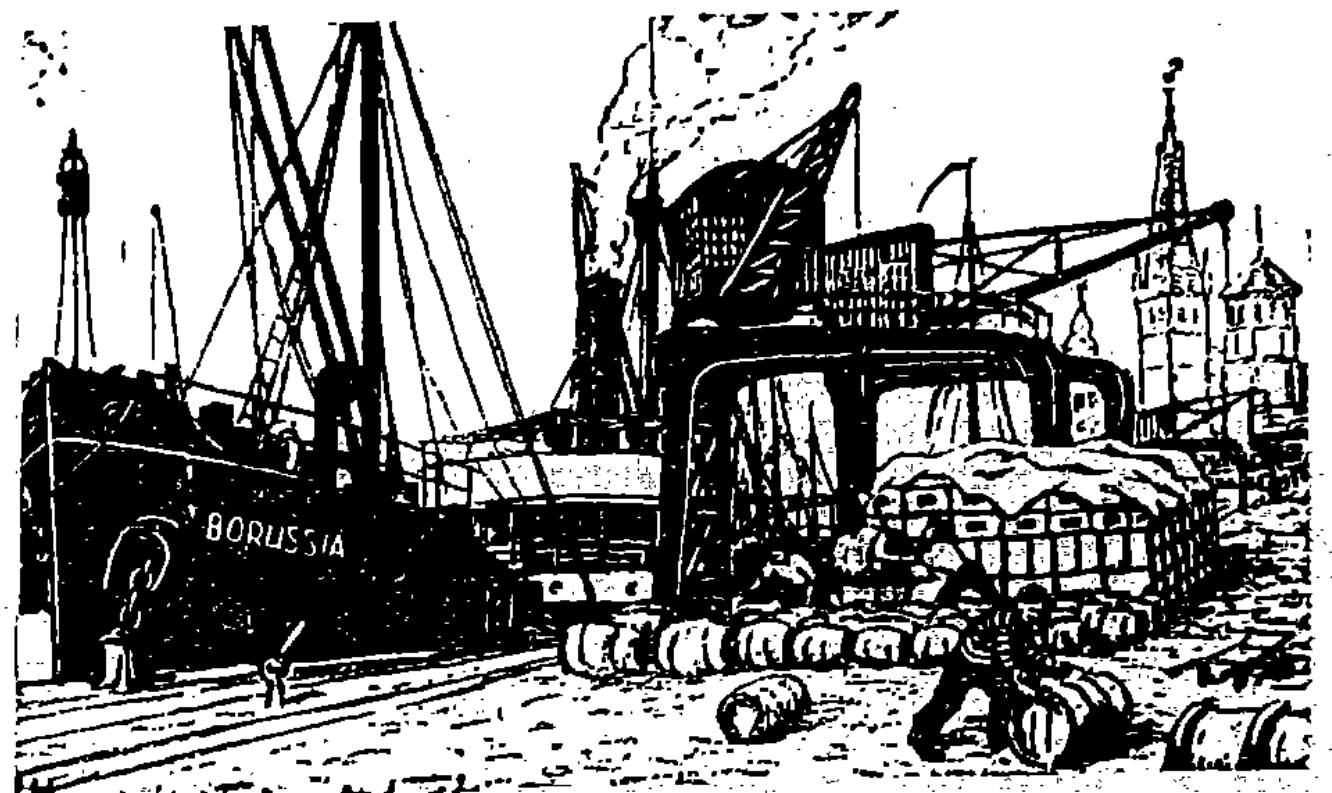
Tief, ungeheuer tief haben nicht zuletzt die agitatorisch eingefegten Gelder der Reaktion die Spaltung deutschen Volksbewußtseins auf-

gerissen. Sie haben einen Kell des Saffes ins Herz des deutschen Volkes getrieben, den zu entfernen das Volk lange Zeit brauchen wird.

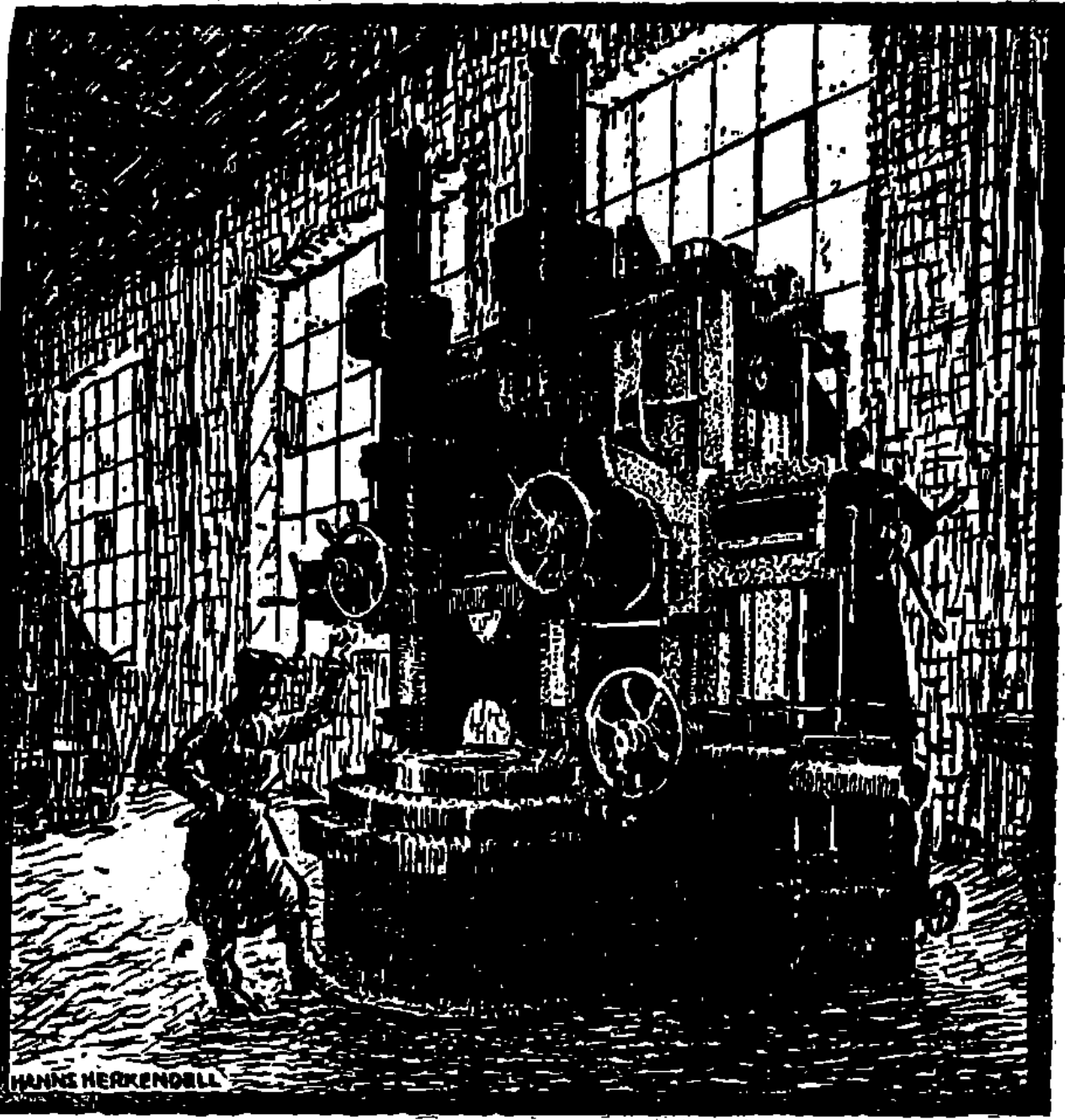
In der Wahl des Reichspräsidenten sah es aus, als wollte sich das deutsche Volksbewußtsein doch sieghaft zeigen. Hindenburg wurde zum Symbol deutschen Volksbewußtseins. Es ist mit das Härteste, daß dieser Mann, bald nach dieser starken Sammlung der sozialen Volkskräfte um seine Persönlichkeit, die reaktionären Kreise zur Staatsführung rief. Es ist ein starker Schlag gegen das Werden der deutschen Volkseinheit. Wir müssen demgegenüber, um der Zukunft unseres Volkes Willen, nach wie vor die gleichberechtigte Heranziehung der Arbeiterchaft, vor allem der gewerkschaftlich geschulten Arbeiterchaft, zur verantwortlichen Mitarbeit im Volksleben fordern. Auch der Teil der deutschen Arbeiterchaft, der den freien Gewerkschaften folgt, darf nicht als antinational diffamiert werden. Wir wollen nicht die Annäherung des Volkstums an den liberal-sozialistischen Geist. Wir wollen den Weg auch der sozialistischen Arbeiterchaft zum sozialen deutschen Volkstum.

Ein wahres deutsches Volksbewußtsein erwächst nur auf der Basis sozialer Gerechtigkeit. Nie war die Wahrung sozialer Gerechtigkeit so in Gefahr, wie unter der heutigen Staatsführung. Ihr Geist führt zu den alten Abgründen zwischen Volk und Herrenlaste. Wir haben alles Verständnis dafür, daß der Reichspräsident dem deutschen Volke nach den politischen Erfahrungen der letzten Jahre keine reine Parteiregierung geben will. Aber eine Regierung aus dem Volke muß es sein.

Die Aufgabe der allernächsten Zukunft heißt soziale Volksführung. Nur so wird Klassenkampf und Parteigeist überwunden werden. Wenn unsere Ueberzeugung richtig ist — und sie ist es — daß die Volkserneuerung nur aus den breitesten Schichten des Volkes kommen kann, dann ist es bei uns, der christlichen Arbeiterchaft, den wahrhaft volksdeutschen Gedanken, der in seiner Liebe, in seiner Sorge und seinem Glauben über die engen Grenzen des Reiches hinausgreift, zu pflegen. Auch Oesterreich ringt um die soziale Basis des Volkstums. Wir sind besorgt, daß die heutige Reichsführung für diese nationale Großaufgabe kein ausreichendes Verständnis hat. Altpreußischem Denken ist ja das Volkstum in Oesterreich immer mehr oder weniger fremd gewesen. Umso stärker ist es Volkspflicht, ist es Pflicht der deutschen Arbeiterchaft vor allem, gesamtdeutsches Volksbewußtsein zu pflegen. Und jeder rechnerische Standpunkt hat vor dieser deutschen Volksaufgabe zurückzutreten.



Rheinufer in Düsseldorf



Defties Werke Düsseldorf

In Frankreich hat das Bürgertum nach der großen Revolution in selbstbewusster und reifer Weise den nationalen Gedanken aufgefangen und ein unzerstörbares französisches Volksbewußtsein geschaffen. In Deutschland ist die Zeit der Arbeiterschaft gekommen. Gregor Strasser hat jüngst von der großen antikapitalistischen Sehnsucht gesprochen. Es geht auch eine tiefe nationale Sehnsucht durch das Volk. Sie ist verbunden mit der sozialen Sehnsucht.

Ich betonte, daß es reine Agitations- und Zweckpolitik ist, den Parlamentarismus als überholte rein liberale Einrichtung zu verschleiern und totzureden. Nicht der Parlamentarismus hat versagt. Wir müssen wünschen, daß das Klargestellt wird. Der Parlamentarismus ist wesentlich und willentlich boykottiert worden. Die Rolle, die der Nationalsozialismus gegen Volk und Parlament gespielt hat, rächt sich heute an ihm selbst. Weil die Dinge so liegen, stimmen wir auch nicht ein in den Ruf: Weg mit dem Parlamentarismus! Wir haben kein Verständnis dafür, daß es mit dem Würdegefühl eines Volkes vereinbar sein soll, daß es seine eigene Mündigkeit mit Füßen tritt und denen nachläßt, die es wieder zu Untertanen herabwürdigen wollen. Die Geschehnisse der jüngsten Zeit sind untragbar für ein aufrechtes Volk. Und es ist mehr als erstaunlich, daß es sogar hyperdemokratische Zeitungen gegeben hat, die das Empörende der Reichstagsauflösung vertuschen wollten.

Vor einigen Monaten mußte sich das Parlament nach Haus schicken lassen, weil es dem eigentlichen Volkswillen nicht mehr entspricht. Neue Reichstagsauflösung. Wir dürfen nicht sagen, daß diese Handlung verfassungswidrig ist, sonst werden wir schließlich verboten. Aber daß sie für das deutsche Volksbewußtsein beschämend ist, das werden wir sagen. Und daß sie sinnwidrig ist und feindlich gegen das einheitliche Werden eines nationalen und sozialen Volkswillens, das werden wir auch sagen. Man kann über die demonstrative Abstimmung im aufgelösten Reichstag denken wie man will, sie war eine instinkthafte Demonstration des Volkes gegen die kleine Schicht, die das deutsche Volk zurückwerfen will in alte Abhängigkeiten. Diese Demonstration hat erneut gezeigt, daß das Verlangen des Volkes nach einer sozialen Staatsbasis geht. Es kommt auf die politische Tatsache und Bedeutung der Abstimmung an: Es ist vor aller Welt offenbar, daß diese Regierung einer sozialen Reaktion nur 5 Prozent des deutschen Volkes hinter sich hat. Und diese 5 Prozent sind die Unbelehrbaren, die Unsozialen, die Undolken aus dem alten Deutschland, die noch einmal eine politische Konjunktur zu verspüren meinen.

Noch ein Wort zu der politischen Theorie, hinter der die heutigen Regierungskreise ihre Macht- und Interessenpolitik verbergen. Nachdem die Demokratie genügend boykottiert worden war, wurde die „autoritäre Demokratie“ Schlagwort. Brüning hatte, ausgerüstet mit dem Vertrauen des Reichspräsidenten, diesen Weg beschritten. Es blieb ihm angesichts der parlamentarischen Zustände und der Notwendigkeiten, wie sie sich aus der außen- und innerpolitischen Gesamtlage ergaben, kaum ein anderer Weg. Brünings politische Führung war aber so, daß er in steter Fühlung und Zusammenarbeit mit der Volksvertretung blieb. Brüning wahrte die Verfassung. Geradezu unmöglich ist es, wenn sich Herr v. Papen bei seinen Kundgebungen auf den Volkswillen beruft, der den Reichspräsidenten gewählt hat. Ich will gar nicht untersuchen, wer von den Regierungsvertretern und ihrem kleinen Anhang, die sich heute auf die Autorität Hindenburgs berufen, diesen überhaupt gewählt hat. Tatsache ist jedenfalls, daß der Volkswille, der Hindenburg gewählt, ein Wille gegen jede Diktatur war. Ein Wille für einen freien, nationalen und sozialen Volksstaat. Wir können nur warnen, daß Herr von Papen das Vertrauen dieses Volkswillens zu Hindenburg nicht weiter zur Deckung seiner unsozialen Haltung benutzt. Wir brauchen eine soziale Volksregierung, die Achtung hat vor dem wahren Volkswillen. Nur eine solche Regierung kann eine starke, nationale Befreiungspolitik für das deutsche Volk führen. Mit fünf Prozent des deutschen Volkes kann man das nicht.

Die jetzige Reichsregierung, man kann das nicht leugnen, ist mit schnellem Zusammentritt in die preußischen Hohheitsrechte eingestiegen. Bei dem Ritt auf Preußen werden wir das Gefühl nicht los, als habe es sich im wesentlichen darum gehandelt, unliebsame Partelen auszuschalten. Auch das Ressentiment der examensmäßig Abgestempelten gegen den Mann ohne Prüfungsschein darf nicht wieder obliegen. Das wäre nicht minder Verwirklichung der Reaktion, wie sie sich unter dem Schlagwort „konservativ“, dem Schlagwort der heutigen Regierungskreise, vorgeschoben hat. Wir möchten wünschen, daß man auch nicht zu geringschäßig von den „Partei-Beamten“ redet, und auch nicht, daß der „Idealszustand“ von früher zu sehr gelobt würde. Wer wurde denn früher Beamter? Bedingung war in übertriebenem Maße der Examensschein. Bedingung war wohl auch die Zugehörigkeit zur „guten Familie“. Und unter „guter Familie“ verstand man den Klüngelkreis der bevorrechteten Schichten des Volkes, die vom sozialen Geist meist sehr weit entfernt waren. Wir haben kein Interesse, diese Form der Beamtenergänzung erneut verwirklichen zu lassen.

Den christlichen Gewerkschaften fallen in diesem Stadium deutschen Volksdaseins große Aufgaben zu. Wir müssen ihnen mit bester Kraft dienen. Was uns aber alle eint, ist der unerbittliche Wille, das Soziale zum Lebensprinzip des deutschen Volksstaates zu machen. Deutschland braucht Freiheit für diese Sendung. Und wenn der Reichswehrminister in diesen Tagen willensstarke Vorstöße gegen das wehrpolitische Unrecht machte, das uns nach wie vor auferlegt, während die anderen Staaten in Ost und West bis an die Zähne gerüstet stehen, trifft er damit unsere nationale Ueberzeugung. Man mag über Einzelheiten in dem Vorgehen Schleichers bzw. der Reichsregierung denken wie man will. Wir, die deutsche Arbeiterschaft, haben für die Gleichberechtigung unseres Standes gekämpft. Wir wären elende Gefellen, würden wir nicht mit der gleichen Kraft gegen die Diffamierung Deutschlands kämpfen.

Nicht zuletzt hat auch der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen den beiden christlichen Konfessionen, das deutsche Volksbewußtsein gespalten. Tat und Werk der christlichen Gewerkschaften haben bewiesen, daß beide

So schreiben die Herren von „WALLSTREET“

Leanderbilt Co. New York

17 July 1873

Meine Herren!
Sie haben es unternommen, mich zu betrügen; Ich werde Sie nicht verklagen, weil das Gericht zu langsam arbeitet.
Ich werde Sie ruinieren!

Hochachtungsvoll.

Cornelius Vanderbilt

AB. Unser neuer Roman heißt „Wallstreet“. Geschichte der amerikanischen Hochfinanz.

Konfessionen, unbeschadet ihrer eigenen Gesetzmäßigkeiten, in einer Gemeinschaft zum Wohl von Arbeiterschaft und Gesamtvolk wirken können.

Wir brauchen in der organischen Demokratie der Zukunft die konservative Verwurzelung des Protestantismus, denn wir wünschen nicht die Loslösung von den Werten der politischen Vergangenheit des alten Deutschland. Und wir brauchen den traditionsreichen, demokratischen Volksgedanken, wie ihn im jungen Volksdeutschland vor allem die katholische Arbeiterschaft im Herzen trägt. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, der soziale Kampf überwiegt zur Zeit in Deutschland den nationalen. Das können tönende Worte nicht verwischen. Arbeiterschaft und deutsches Volk sind eins. Möge es jeder, wo immer er steht im Volke, erkennen. Wir tragen das deutsche Volksbewußtsein, wir tragen Deutschland in uns. Ein freies, umfassendes Volksdeutschland ist unser Ziel. Wir werden es schaffen helfen mit aller Kraft.

An das Referat Kaisers knüpfte sich eine hochstehende Diskussion, in welcher besonders Dr. Stegerwald, der frühere Reichsarbeitsminister, weitreichende und von der Sorge um die Zukunft des Volkes diktierte Ausführungen machte.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministers Ministerialdirektor S i h l e r wies dann auf einige Seiten der großen wirtschaftlichen Notverordnung hin, die geeignet seien, günstige Wirkungen zu versprechen, vor allem in Form einer Mehrbeschäftigung. Soweit das Reichsarbeitsministerium Freiheit dazu hat, wird es in sozialem Geiste handeln. S i h l e r hob nochmals Bereitschaft des Arbeitsministers hervor, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Das Wirtschaftsprogramm sei eine wichtige Sache, sein Erfolg hänge auch von der Mitarbeit des Volkes ab. (Zurufe: Liegt an der Regierung. Das Volk muß aber auch mitarbeiten können.) Die Ausführungen wurden mit Reserve aufgenommen.

Das brachte denn auch A b g. S a h r e n b a c h zum Ausdruck, indem er sagte, daß, wenn auch im Reichsarbeitsministerium, wie Herr S i h l e r sagte, der alte soziale Geist herrsche, dann dieser an den entscheidenden Stellen nicht zur Geltung gekommen sei. Andere Kräfte seien stärker und bestimmender. Wenn die Regierung die Mitarbeit des Volkes wünsche, dann müsse darauf verwiesen werden, daß gerade diese Regierung den Reichstag nach Hause geschickt habe. Auch die Erklärungen S i h l e r s haben den Kongreß nicht von einer günstigen Wirkung der Politik des Kabinetts überzeugen können.

K i e f e r (S a a r g e b i e t) betonte den engen Zusammenhang des Saargebietes mit Deutschland, und T h r ä n e r t die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen beiden Konfessionen in den christlichen Gewerkschaften.

Karl Schmitz,

unser 2. Verbandsvorsitzender, wies zunächst auf die politische Zerklüftung des deutschen Volkes hin. Die innere Zwietracht sei das Grundübel der Deutschen. Daraus erwachse unserer Bewegung eine große Aufgabe. Auf dem Boden des Klassenkampfes könnten die bestehenden Mängel nicht beseitigt werden. Eine stille aufopfernde staatspolitische Schulung und Erziehungsarbeit sei notwendig. Wenn wir die großen volkspolitischen Aufgaben und ihre Tragweite für die Nation sehen, dann müssen wir verurteilen: 1. daß man den Arbeiter wieder zum Aschenbrödel der Gesellschaft und damit zum Feind der Gesellschaft zu machen sich anschickt. Das deutsche Volk, die Arbeiterschaft im besonderen, wird sich nimmermehr dauernd von einer Herrschicht allein regieren lassen. 2. Was in den letzten Jahren unser Land aufgewühlt hat — der Partisanat, der Wahn, die Diktatur eines Menschen, einer Partei ausrichten zu können. So kraß auch die Gegensätze sein mögen: sie müssen ausgeglichen und Kompromisse angestrebt werden. Dazu zu ihrem Teile mitzuhelfen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Bewegung. Das deutsche Volk kann nicht aus den innerpolitischen Wirren herausgeführt werden, solange eine Partei die andere vernichten will.

Die Notverordnungen haben die letzten bescheidenen Grundlagen der Existenz vieler Millionen Menschen vernichtet. Das Rechtsbewußtsein des Arbeiters ist durch sie auf das empfindlichste getroffen. Der Glaube an die Gerechtigkeit hat Schaden gelitten. Das ist auch staatspolitisch sehr zu bedauern. Ich schließe mich den Protesten gegen die unsoziale Politik der Reichsregierung an. Aber wir wollen nie den tiefsten Grund unserer Not außer acht lassen. Wenn das geschieht, dann begreifen wir die zweite große Aufgabe, die ich bezeichnen möchte als den Kampf um die völlige Befreiung Deutschlands vom außenpolitischen Joch. Schmitz übte Kritik an der Außenpolitik des Reichskanzlers von Papen und wandte sich gegen die Reichsregierung, weil sie dem Ruf nach Autarkie zu weit Rechnung trage.

Herunter mit den Zollmauern! Wenn wir in diesen Ruf einstimmen, dann denken wir nicht daran, uns für den hemmungslosen Freihandel einzusetzen. Wir denken dann an eine auf die nationalen Bedürfnisse jedes Landes Rücksicht nehmende Handelspolitik, die in ihren Grundzügen den Charakter weitgehender Freizügigkeit haben muß. Wie man weiß, plant die deutsche Reichsregierung, dem Ruf nach Autarkie



Denkmal des Jan Wellem mit altem Rathaus

weltgehend Rechnung zu tragen. Unsere Einfuhr soll durch umfassende Kontingentierung gedrosselt werden. Das würde die Arbeitnehmerschaft in Industrie und Handel auf das schwerste treffen. Das muß verhütet werden, und darum muß unsere Bewegung ihren Einfluß ausbieten, um die Regierung von solchen Schritten abzuhalten.

Nach Darlegungen von S a h e m e l e r (Bauarbeiter) und L i n s (Fabrikarbeiter) über die katastrophale Lage in ihren Gewerben, wo 10 und 11 RM Wochenlohn keine Seltenheit seien, schloß der erste Verhandlungstag.

Zweiter Tag

Der zweite Verhandlungstag brachte in Fortsetzung der Diskussion über die Referate von Otte und Kaiser weitere Gesichtspunkte über wirtschaftliche und soziale Not. Nachdem J a n k o w s k i (Kattowitz) und C l e r o d i (Danzig) die Grüße der deutschen Brüder jenseits der Grenze gebracht hatten, sprach

Dr. Röhr

(Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften). Er meinte, so wie die Dinge heute auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiete lägen, sei schließlich größte Aufmerksamkeit auf die Erhaltung des Rechts zu richten. Vor allem müsse sich die gesamte Arbeitnehmerschaft schließend vor die Verfassung stellen. Er warf dann die Frage auf: „Saben wir überhaupt noch eine Verfassung?“ Er beantwortete diese Frage mit ja, soweit die schriftliche Verfassung noch in Frage läme. Aber er beantwortete sie mit nein hinsichtlich der Praktizierung der Verfassung. Praktisch stehe die gegenwärtige Politik nicht mehr im Einklang mit der Verfassung und mit dem Volkswillen. Er machte dann weitere Ausführungen, die sich mit seinen beiden im „Deutschen“ veröffentlichten Leitartikeln deckten. Sehr ironisch sprach er über die deutsche Rechtsprechung. Die Justiz habe zwar noch keine Einschränkungen durch die Regierung erfahren. „Aber vielleicht“, so sagte er wörtlich, „ist es auch nicht notwendig.“ Er wies dann auf die noch ausstehende Entscheidung des Reichsgerichts in Sachen des Reichs und Preußens hin. Aber, so glaube er, das Reichsgericht wisse schon, was sich schide (laute Zustimmung). Röhr schlägt vor, daß die Volksvertretung in Preußen in Leipzig einmal anfrage, wann nun endlich die Entscheidung erwartet werden könne. Kurz und gut, so meinte er, praktisch sei in Deutschland die Diktatur so ziemlich komplett. Die deutsche Arbeitnehmerschaft müsse sich stärkstens zur Wehr setzen. Denn: „Satt sein hinter Mauern ist nicht mal mehr wert als in Freiheit hungern.“ Die Einschränkung der bürgerlichen Freiheit bilde eine Gefahr für die Vereinigungsfreiheit. Mit einem Appell, die Verfassung und Volksrechte durch einheitlichen Zusammenschluß zu schützen, schloß Röhr.

T r e m m e l (Fabrikarbeiter) lehnte scharf die Kontingentierung ab, und D e d e n b a c h (öffentliche Betriebe) war

der Ansicht, daß es im Augenblick keine wichtigere Aufgabe gebe, als die Verfassung zu schützen. Nach weiteren Diskussionsreden sprach Johann

Prälat Dr. Pieper,

von großem Jubel begrüßt:

Ich spreche hier als alter Freund der Bewegung, um Ihnen zu sagen, daß ich noch glaube an die Kraft, aus der heraus die christliche Gewerkschaftsbewegung geboren ist. Die äußeren Freiheitsrechte sind jetzt infolge der wirtschaftlichen und der politischen Ereignisse gelähmt. Da müssen Sie sich berufen auf die inneren Kräfte, aus denen heraus sie entstanden sind. Sie haben sich bekannt zum Dienst an der Sendung der deutschen Arbeiterbewegung. Hätte die Arbeiterbewegung sich nur auf die materielle Gestaltung der Lebensverhältnisse beschränkt, dann hätte sie sich begnügen müssen mit einem Linsenmus von äußeren Wohlstand, von Staatsfürsorge. Dieses Linsenmus haben Sie abgelehnt, weil es Ihnen in erster Linie darauf ankam, für die Freiheit des Arbeiterstandes zu kämpfen.

Jahrhundertlang haben die Arbeiter ruhig zugehört, wie andere Stände für ihre Freiheit kämpften und haben für sich nicht den Willen aufgebracht, auch für sich selber Freiheit zu fordern. Das ist anders geworden durch die Gewerkschaftsbewegung. Sie haben sich zu diesen Idealen bekannt. Dagegen rüstet jetzt die wiedererwachte Reaktion. Sie dürfen sich das nicht gefallen lassen. Als 1914 das Vaterland bedroht war, haben die Arbeiter sich ohne weiteres zum Kampf für die vaterländische Freiheit gerüstet. Niemand konnte Ihnen damals sagen, Sie hätten sich nicht als gleichwertige Freiheitskämpfer bewiesen.

Sie müssen gerade in der Stunde der Not betonen, daß Sie sich nicht bloß bekennen zur deutschen Nation, sondern auch zur ebenbürtigen Ständebewertung, indem Sie korporativ für alle Mitglieder unter Bindung an daselbe Standesgesetz der Ehre das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen. Befreit Euch von dem Minderwertigkeitsgefühl der niederen Mannes. Jetzt steht die Reaktion wieder auf. Ihre einzige Waffe ist, Ihren Freiheitswillen, Ihren Willen zur ebenbürtigen Ehre als Arbeiterbürger, als Wirtschaftsbürger, zu diskreditieren. Man versucht es, Ihnen Dinge zuzumuten, die man bürgerlichen Kreisen nicht zumuten würde.

Man verlangt wieder, die unteren Stände müßten die Lasten tragen. Ihre beste Waffe wird sein, wenn Sie sagen: Ihr beleidigt deutsche Arbeiter, die durch die göttliche Weltordnung berufen sind, ebenso freie Menschen zu werden, wie die Bauern es vor 100 Jahren geworden sind. Erziehung zur korporativen Standesehre ist Ihre wichtigste Aufgabe. Wenn Sie das jetzt stärkstens betonen, dann haben Sie eine Waffe in der Hand, der sozialen Reaktion dieses minderwertige Mittel aus der Hand zu schlagen.

Wenn jetzt die Regierung hingehet und uns etwas vorredet vom christlichen Staat, so können wir ihr antworten: Welche Volksgruppe hat sich öffentlich und entschieden seit Jahrzehnten zum Christentum bekannt als wir! Halten Sie die Reden bei anderen Leuten, aber nicht bei uns!

Die (Metallarbeiter) betonte, daß wir nicht verzeihen dürften, daß die politische Freiheit erst durch die gewerkschaftliche Bewegung geschaffen wurde. Die Rückkehr des Saargebiets zum Reiche geschieht vorbehaltlos, aber sie soll mit freudigem Herzen geschehen.

Am Nachmittag hielt

Fritz Baltrusch

eine von Ernst und Sachkenntnis getragenen Ausführungen über

Die Wirtschaftskrise und die volkswirtschaftliche Organstellung der Gewerkschaften

Der Redner warf eingangs einen kurzen Rückblick auf die Beschlüsse vergangener Kongresse der christlichen Gewerkschaften und bezeichnete es als eine grobe Geschichtsfälschung, wenn von politischen Demagogen behauptet wird, daß die Gewerkschaften sich nicht gegen den Vertrag von Versailles gewendet und „Erfüllungspolitik“ getrieben hätten, wodurch schließlich die jetzige Wirtschaftskrise in Deutschland heraufbeschworen wäre. Die christlichen Gewerkschaften haben sich von vornherein schon auf dem bedeutungsvollen Essener Kongreß 1920 mit aller Schärfe gegen das Versailler Diktat ausgesprochen. In der viel beachteten historischen Sitzung im Deutschen Reichstag im Jahre 1922 haben schließlich alle Gewerkschaften gemeinsam gegen das Versailler Diktat protestiert und die sofortige Revision gefordert. Trotz aller Verdrehung und Anfeindung wird es immer ein Ruhmesblatt der deutschen Gewerkschaftsbewegung bleiben, daß sie sich nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges, als die alten politischen Autoritäten kampfslos ihre Führerstellung verließen, dem Chaos und dem Bolschewismus, die in gefährlicher Nähe vor der Tür des deutschen Hauses standen, entgegenwarfen. Sie haben die Einheit des Reiches (auch gegenüber Verrätern im eigenen Lande) hochgehalten und die Existenzgrundlage des deutschen Volkes mitgeschaffen. Es wird das Bestreben der christlichen Gewerkschaften sein, auch die trotz der Lausanner Konferenz noch bestehenden erheblichen politischen Zahlungsverpflichtungen beseitigen zu helfen.

Noch immer sind die ersten Grundbedingungen des kapitalistischen

Systems in der Weltwirtschaft praktisch aufgehoben, und die wirtschaftlich richtigen Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenzen in Genua und Genf von den Politikern nicht nur nicht beachtet, sondern ins Gegenteil verkehrt worden. Rationalisierung und Zwangsbewirtschaftung der Preise durch Kartelle und monopolistische Unternehmungsformen, dazu noch Hochschuhzölle, passen wirklich nicht zueinander. Eine aufsteigende und haltbare Konjunktur und die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosenmassen werden in stärkstem Maße davon abhängen, ob die erzeugten Waren in Zukunft zu verbilligten Preisen einem größeren Bedarf zugeführt werden können.

Der Berichterstatter ging dann noch besonders auf die Stärkung des Binnenmarktes, auf die Hebung des Exportes und die richtige Einstellung der Produktion sowie auf die Erziehung der Konsumenten zum richtigen Verbrauch der Waren und auf die Notwendigkeit der Bevorzugung deutscher Erzeugnisse ein. In diesem Zusammenhang wurden von ihm auch Sinn und Zweck des berufskundlichen Gedankens, der stärkeren Anklang findet, umschrieben. Die christlichen Gewerkschaften haben sich nie auf eine Planwirtschaft im sozialistischen Sinne festgelegt. Sie haben sich auch nicht gegen das Privateigentum ausgesprochen. Ihnen hat aber stets eine vernünftige Wirtschaftsplanung in der Art vorgeschwebt, daß das Allgemeininteresse nicht dem Privatinteresse hoffnungslos untergeordnet wird. Alle monopolistischen Unternehmungen müßten in erster Linie der Volksgesamtheit dienstbar gemacht und gemeinwirtschaftlich verwaltet werden. Ferner wird für unbedingt erforderlich gehalten, daß die Genossenschaften der Arbeitnehmer gefördert und selbständig in den Rahmen einer vernünftigen Wirtschaftsplanung eingeordnet werden. Der Staat darf diese Selbsthilfeorganisation der Arbeitnehmer nicht hemmen, sondern muß sie, ebenso wie die Genossenschaften der anderen Berufsstände, fördern. Das bedeutet noch durchaus nicht, daß sich der Staat entscheidend in alle Wirtschaftszweige einmischen soll. Es bleibt der Privatwirtschaft noch ein außerordentlich großer Spielraum für eine dem Gesamtwohl förderliche Betätigung.

Von dem Gesichtspunkte beurteilen die christlichen Gewerkschaften auch die entarteten Mammutgebilde in der Wirtschaft. Mit einem Worte kann gesagt werden: Ihr Erfassen der Wirtschaftstätigkeit und insbesondere der Unterhaltungsfürsorge, als Mittelpunkt dieser Wirtschaftstätigkeit, im Sinne einer Kulturfunktion, ist ihre wirtschaftliche Organstellung von größter Bedeutung. Damit erst erhält die Wirtschaft ihren eigentlichen Wert und die Wirtschaftstätigkeit zugleich Inhalt und Richtung.

Die volkswirtschaftliche Organstellung der Gewerkschaften und ihr fester Wille, sich im Rahmen der Volkswirtschaft beratend und mitentscheidend zu betätigen, geht auch daraus hervor, daß sie sich nicht nur bemühen, die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben zu besetzen, diese volkswirtschaftlich und sozialpolitisch zu schulen, sondern daß sie sich auch in einer Reihe von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und in eigenen Unternehmungen lebhaft betätigen. Ihre Vertreter sitzen in den kleinen und großen kommunalen Körperschaften, im Reichstag, in den für die Wirtschaft bedeutungsvollen Ausschüssen, ebenso im Reichswirtschaftsrat, im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost und der Deutschen Reichsbahn und im Zentralausschuß der Deutschen Reichsbank. Nach dem Betriebsrätegesetz stellen sie auch in den größeren Betrieben die vorgesehenen Aufsichtsräte. Sowohl die Tätigkeit der Betriebsräte wie auch der Aufsichtsräte hat nicht nur einen sozialpolitischen Zweck, sondern auch den, das Interesse des Betriebes und seine Förderung ins Auge zu fassen. Die Mitwirkung der Gewerkschaften wird außerdem begehrt und geleistet in den Vorständen, Deputationen und Aufsichtsräten der öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe. Im Reichskohlen- und Reichskalitrat sowie im Reichselektrobeirat, auch im Beirat für Sparkassen und im Lohnstatistischen Beirat, im Institut für Konjunkturforschung, im Reichslaboratorium für Wirtschaftlichkeit, im Verwaltungsrat des Deutschen Handwerksinstituts sowie des Deutschen Auslandsinstituts sind die Gewerkschaften ebenfalls vertreten und arbeiten mit. Verschiedentlich hat die Reichsregierung auch wirtschaftliche Sachverständige aus den Gewerkschaften beim Abschluß von Handelsverträgen und auf den Weltwirtschaftskonferenzen hinzugezogen. In den Verkehrsbeiräten tun sie ihre Pflicht zur Förderung der Verkehrswirtschaft. Ganz abgesehen davon, daß sie auch vielfach an den privaten Bestrebungen wirtschaftlicher Art, die von anderen Kreisen ausgehen, mitwirken. Die christlichen Gewerkschaften halten nach wie vor eine bessere Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für eine wirtschaftliche



Lambertus, Jesuiten, und Maxkirche in Düsseldorf



Industrie in Düsseldorf

Notwendigkeit. Die arbeitgemeinschaftliche Idee ist trotz ihrer Sabotage durch Klassenkämpfer von oben und unten noch immer richtig.

Gewiß soll man Umfang und Bedeutung der bisherigen volkswirtschaftlichen Organstellung der Gewerkschaften nicht überschätzen. Aber es sind doch immerhin gegenüber der Vorkriegszeit erhebliche Ansätze auf weiten Gebieten der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik festzustellen. Allerdings besteht in dieser Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise und der sogenannten „Präsidentenregierung“ die Gefahr, daß nicht nur die Löhne und die Sozialleistungen weiter herabgedrückt werden, sondern daß schließlich auch gegen die wirtschaftliche Position der Arbeiterschaft insgesamt angegangen wird. Die Gewerkschaften, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, haben daher neben den lohn- und sozialpolitischen Aufgaben auch die Verpflichtung, die Rechte der Arbeiter auf wirtschaftspolitischem Gebiet zu verteidigen und die volkswirtschaftliche Organstellung der Gewerkschaften, insbesondere auch in den öffentlich-rechtlichen Berufszammern, weiter auszubauen. Der Erfolg wird von der Einsicht und der Erkenntnis der Arbeiterschaft und vor allem von der Kraft und Stärke ihrer Gewerkschaften abhängen.

Das Referat von Baltrusch löste ebenfalls eine sehr eingehende Aussprache aus. Kollege Wieber wies im Anschluß an Sozialisierungsforderungen darauf hin, daß es sehr bedenklich sei, das Heil für Arbeiterschaft und Wirtschaft etwa von einer Sozialisierung verlangen zu wollen.

Konrad (Metallarbeiter) wies auf die durch Parteipolitik zerfahrene Lage hin und betonte, daß vor allem die Bildungsarbeit in starkem Maße gegen den geistigen Bergbruch mobil gemacht werden müßte. Er forderte, daß vom Kongress aus eine direkte Delegation zum Reichspräsidenten gehen solle, um ihm die Notlage der Arbeiterschaft zu schildern.

Dritter Tag

Der dritte Verhandlungstag brachte die Fortsetzung der Diskussion, in der besonders Schümmer (Metallarbeiter) sehr pointiert darauf hinwies, daß bei allem politischen Interesse das erste und ausschlaggebende die gewerkschaftliche Betätigung sei. Aus der Stimmzettelsynthese müsse die Arbeiterschaft auf den Weg des Besinnens zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe gebracht werden.

Nach der Beratung der gestellten Anträge und der einstimmigen Annahme der vorgelegten Entschlüsse, von denen wir einige am Schluß der Darlegungen veröffentlichen, sprach

Professor Dr. Theodor Brauer

über

Der Kampf um die Sozialpolitik; Sozialpolitik als gesellschaftsbildende Kraft

Soziale und politische Reaktion benutzen die Wirtschaftskrise, um gegen die Sozialpolitik anzukämpfen und sie nicht bloß in ihren Leistungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken, sondern sie als Mittel des sozialen Ausgleichs entscheidend zu treffen. Unter solchen Umständen muß die breitesten Öffentlichkeit, muß das Gesamtvolk aufgerufen werden, sich gegen diese unheilvollste aller Erschütterungen des Zusammenhangs unseres Volkstums mit dem Aufgebot aller Kraft aufzulehnen. Daß die Wirtschaftskrise, namentlich im Gefolge des Weltkrieges und der Inflation, die deutsche Sozialversicherung in ihren Leistungen schwächen mußte, das erkennt auch die deutsche Arbeiterschaft an. Der heutige Kampf gegen die Sozialpolitik aber bedeutet etwas ganz anderes als das vorgebliche Bemühen, den Wiederaufstieg der Wirtschaft durch möglichsche Beschränkung der Produktionskosten erleichtern oder gar erst ermöglichen zu wollen. Der vielfach erstrebte Abbruch der Sozialpolitik gefährdet vielmehr die deutsche Wirtschaftskraft, indem er den Produktionsfaktor Arbeit empfindlich schwächt und degradiert.



Theodor Mügge

XXXX.

„Zur Freiheit und zu Gottes Ehren!“ jagte Christine mit begeistertem Lächeln, und das Wort pflanzte sich fort und lief durch die Reihen mit tausendfachem Schall. Auf dem Hügelgrabe aber stand jetzt der blinde Prophet und sprach den Segen über das Heer. Rings umher lagen sie auf ihren Knien, seine freudige Stimme schallte weit über sie hin. „Kämpft den guten und gerechten Kampf, ihr treuen Streiter!“ rief er, „Gottes Segen ist mit den Gerechten. Zur Freiheit wird er euch helfen, hofft auf ihn, der sein heiliges Evangelium nicht verderben läßt.“

Schar an Schar, wie sie vorüberzog, empfing den Segen, und plötzlich drang ein Sonnenblitz durch die Nebel und überglühte den greisen Priester. Sein weißes Haar leuchtete davon. Vom Himmelslichte übergoßen, hob er seine Hände empor und rief aus tiefster Brust: „Hilf deinem armen Volke, Herr, allmächtiger Gott aller Schwachen, du bist die Stärke!“

Aber die rote Sonnenscheibe bedeckte sich schnell wieder mit Finsternis; der dicke Nebel lehrte wie auf schwarzen Flügeln zurück. Banges Schweigen trat ein. Wo war das rechte Zeichen?

„Vorwärts, ihr Männer!“ rief Florian. „Der Nebel hilft uns ungesehen durch den Wald. Eilt, daß wir Röttingen erreichen, dort wollen wir uns sehen und nach unseren Brüdern schauen.“



Rasch verschwand nun das Heer in dem Bergwalde, und immer weiter zog es durch die schmalen Täler auf Röttingen zu, das zu einer festen Stellung ausersehen war. Von dort aus sollte Kundtschaft gewonnen werden, sowohl über das Schicksal des hellen Hauses, wie über das Heer der Fürsten. Die meisten glaubten noch fest daran, daß die Gerüchte von der Niederlage wenigstens bei weitem übertrieben seien, und viele hofften, daß, wenn die Vereinigung mit ihren Brüdern nur erst stattgefunden, eine neue Schlacht bald gewonnen sein würde. Was Florian erwarten mochte, verschwieg er. Er hatte niemand etwas von

seiner Unterredung mit dem Markgrafen mitgeteilt; hatte der hinterlistige Fürst ihm die ganze Wahrheit gesagt? Ging es nicht mit seinem Plane, Florian in seine Gewalt zu bekommen, eng genug zusammen, ihm seine Lage als rettungslos zu schildern, und konnte er den Schwüren oder Tränen dieses Mannes glauben, der jedes Mittel für seine Zwecke unbedenklich gebrauchte?

Der Zug einer starken Kriegsschar nach Röttingen war daher wohl geeignet, um Gewissheit zu erhalten, und daß Florian seinen kühnen Willen festhielt, zeigte er, als er sich mit seinen Freunden vereinigte. Der große Lienhard hatte Christine auf sein Roß gesetzt, er und Rudolf

Um den augenblicklich tobenden Kampf nach Art und Bedeutung richtig ermessen zu können, müssen die einzelnen Herde dieses Kampfes bloßgelegt werden.

1. Eine erste Art von Kampffront erwächst aus der seit jeher vorhanden gewesenen materiellen Gegnerschaft gegen die Sozialpolitik. Man will sie nicht, weil sie durch Vorschriften und Auflegung von Leistungen „lästig“ ist und etwas kostet. Für diese Einstellung gibt es eine Arbeitskraft nur als Produktionsmittel, nicht als das einzige Besitzgut des menschlichen Trägers dieser Arbeitskraft, der Anspruch auf persönliche Würde und Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur hat. Die hier in Betracht kommenden Kreise müssen einfach gezwungen werden, von ihrem eines Kulturvolks unwürdigen Standpunkt abzulassen.

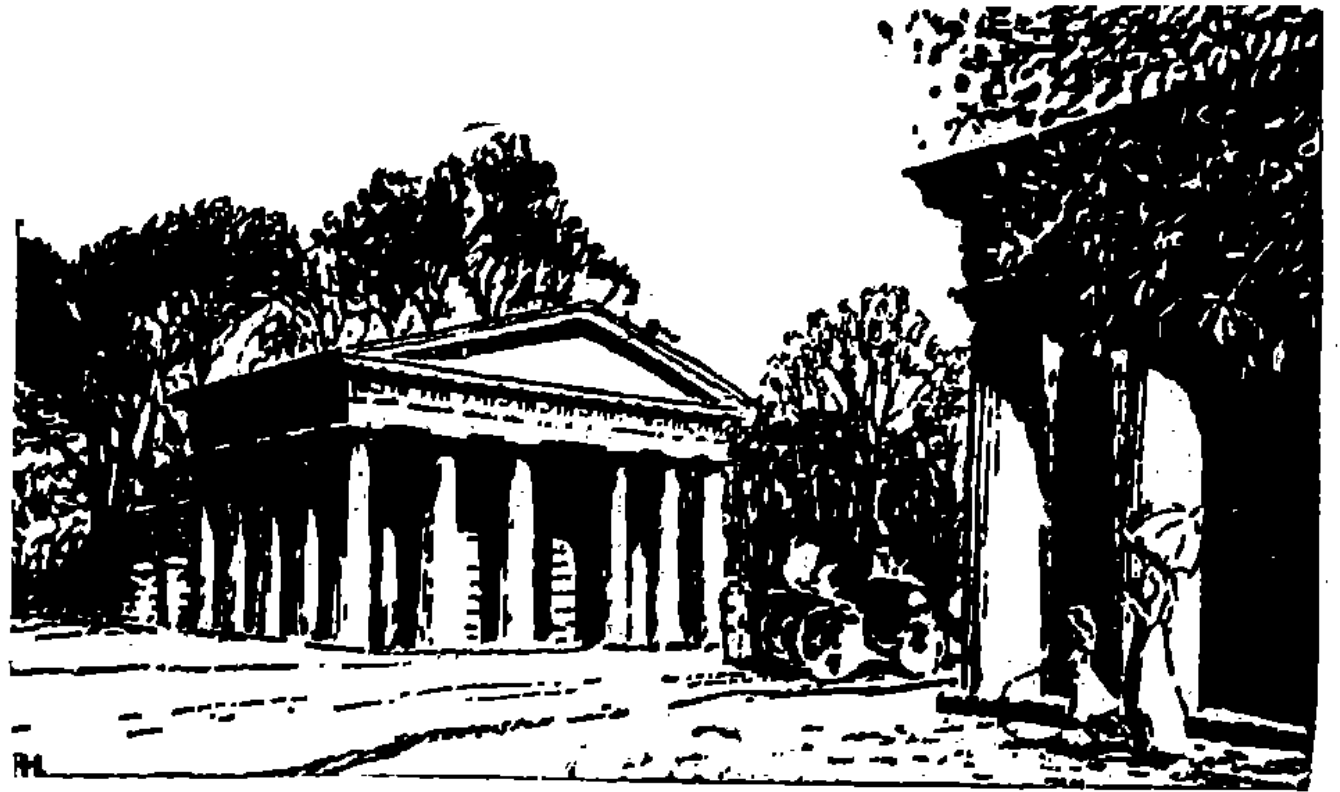
Eine zweite Kampffront erwächst aus grundsätzlicher Feindschaft gegen die Sozialpolitik. Ihre Vertreter, die im Grunde nichts anderes sind als Individualisten von kleinlichster Perspektive, wehren sich gegen die Sozialpolitik als einen Eingriff in den Bereich einer absoluten Persönlichkeitsauffassung. Ueber diesen Standpunkt ist das Volk als Ganzes, insbesondere unter den grundstürzenden Weltkriegserfahrungen, hinausgewachsen. Der Kampf gegen diese Einstellung ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein nicht bloß der Sozialpolitik als solcher, sondern der sozialen Idee.

Eine dritte Kampffront ergibt sich aus der nicht bloß in der Wirtschaft, sondern auch in der Wissenschaft vielfach anzutreffenden Ueberordnung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik über die Sozialpolitik.

Selbstverständlich werden die materiellen Leistungen der Sozialpolitik durch den Stand der Wirtschaft beeinflusst. Im übrigen aber hat hier zu gelten, daß die Gesellschaft nicht um der Wirtschaft willen, sondern die Wirtschaft um der Gesellschaft willen da ist. Die Sozialpolitik ist nicht bloß eine Gesamtheit von materiellen Leistungsverpflichtungen, sondern sie soll verderblichen Folgen entgegenwirken, die durch die moderne Arbeitsteilung heraufbeschworen worden sind. Die Sozialpolitik stellt im übrigen auch einen Wirtschaftswert von ungewöhnlicher Bedeutung dar.

Eine vierte Kampffront tritt uns namentlich in der letzten Zeit aus den jüngsten Notverordnungen entgegen. Sie wehrt sich gegen den sogenannten Wohlfahrtsstaat. Im Grunde genommen, strebt sie aber nach Wiedererrichtung des patriarchalisch gedachten „Wohlfahrtsstaates“, indem sie die Sozialpolitik zu obrigkeitlicher Fürsorge verfälscht. Der Rechtscharakter und der Leistungsanspruch werden in Frage gestellt. Sozialpolitik wird Sache der Gunst jeweiliger politischer Konstellationen, d. h. aber nichts anderes, als daß sie ins Herz getroffen wird. Vor allem schrumpfen hier nicht bloß die Leistungen zu einem Nichts zusammen, sondern es werden vor allen Dingen die sozialrechtlichen Errungenschaften gestört, wenn nicht geradezu zerstört. Das überträgt sich selbstverständlich auf das Betriebsleben, so daß auch hier zwangsläufig ein veraltetes und entwürdigendes Patriarchalismus wieder sein Haupt erhebt.

2. Der Kampf um die Sozialpolitik kann angesichts solcher Gesamtlage erfolgreich nur geführt werden, wenn die Sozialpolitik als gesellschaftsbildende Kraft erkannt wird. Die Entwicklung der Neuzeit hat, indem sie das Bestimmte allem anderen überordnete, die Gesellschaft erschüttert. Einfache Ausgleich in den Besitzverhältnissen, wie sie eine



Rattinger Tor in Düsseldorf

antike Gesetzgebung noch durchführen konnte, scheitern heute an der grundlegenden Tatsache, daß sich in Wirtschaft und Gesellschaft zwei klar geschiedene Schichten gegenüberstehen: die eine, die die Produktionsmittel besitzt, und die andere, die in dieser Hinsicht beschlos ist, nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung hat und sich daher gezwungen sieht, sich in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der anderen Schicht zu begeben. Die vor dem Kriege übliche Art der Sozialpolitik hat versucht, in Arbeiterchutz und Sozialversicherung die schlimmsten Gefährdungen des modernen Arbeiterlebens zurückzudrängen, die persönliche Würde des arbeitenden Menschen zu wahren und dem letzteren in Zeiten unfreiwilliger Erwerbslosigkeit ein Mindestmaß von Existenzmitteln zu sichern. Diese Sozialpolitik war und mußte sein staatliche Sozialpolitik, weil nur der Staat die Kraft hatte, die nötigen Zwangsverpflichtungen aufzuerlegen. Damit war insgesamt eine Grundlage geschaffen, auf der sich dann wirkliche Sozialpolitik im Sinne eines allmählichen Neuaufbaues der Gesellschaft nach wirklich sozialen Richtpunkten vollziehen konnte. Ziel der Entwicklung kann nur sein, daß die in der Wirtschaft zusammenarbeitenden Menschen befähigt und berechtigt werden, in gemeinsam durchgeführter Gewerkepolitik eine wirtschaftliche Selbstverwaltung aufzubauen, die zugleich um ihrer Gesamtleistung willen gesellschaftliche Würde und Wertung erhält. In der berufsständischen Idee, die altes Erbgut der christlich-sozialen Bewegung ist, kommt das Ziel am klarsten und eindeutigsten zur Geltung. In ihrem Mittelpunkt steht der Gewerbestand, der alle an einem Produktionszweig Beteiligten umfaßt und zu einer Einheit gliedert. Nicht um den Herrschaftsstand alter Art handelt es sich, sondern um den Berufsstand, der sich mit wirklich organisch aufgefaßter Demokratie nicht bloß verträgt, sondern Eckstein dieser letzteren ist. Das heutige Arbeitsrecht bietet insofern einen Anhaltspunkt für die organische Ueberleitung zum Neuen, als es eine Weiterführung des Tarifvertrages zur Tarifgemeinschaft ermöglicht.

Soweit Sozialpolitik als Sozialversicherung usw. materielle Leistungen zusichert, wird sie durch Uebertragung in die Selbstverwaltung der

gingen zu beiden Seiten, Bermeter und seine Genossen umringten sie, und als nun Florian kam, empfingen sie ihn mit Scherzen über diese Pfingstwallfahrt, die von frommen Leuten immer heilsam angestellt werde.

„Es ist das alte Wonne- und Liebesfest!“ rief Bermeter, „dessen wollen wir eingedenk sein, und sobald wir nach Röttingen gelangen, sollen Krieg und Kriegslust schweigen. Im Schattenreiche wollen wir fröhlich, ehe der Abend kommt, beisammen sitzen und alle Not vergessen.“

„Im Schattenreiche“, murmelte Florian leise, aber da Christine ihn zärtlich anblickte, reichte er ihr lächelnd seine Hand. „Nur aufgeschaut“, jagte er, „der Rebel fällt, und bald kommt ein herrlicher Tag. So Gott will, meine treue Christine, soll uns doch noch wohl werden und wahr, was Bruder Jakob uns erbeten hat.“

Aus einem tiefen Tale, das zur Seite lag, dröhnte es dumpf herauf. Es war, als sagten dort Pferde, und als rasselten Waffen, aber der Rebel ließ nichts erkennen.

Viele horchten hinab und fragten, was das sein könne.

Florian hatte auch hinabgehört und sagte dann: „Dort unten geht ein Weg nach Sulzdorf. Vor uns liegt das alte Schloß Ingolstadt, das müssen wir bald erreichen. Fürchtest du nichts, geliebte Christine?“

„Wie sollte ich mich fürchten, da du bei mir bist“, antwortete sie.

„Rein“, sagte er, „du sollst in Röttingen bleiben, bis wir sichere Nachricht haben, wo unsere Brüder sind und er — er — dein Vater.“

„Mein Vater“, antwortete Christine leise lächelnd, „war in dieser Nacht bei mir. Er stand an meinem Bett und beugte sich über mich.“

„Fort mit den Schatten!“ rief Florian. „Sieh, wie der Rebel fällt. Wir sind schon weit aus dem Walde. Dort liegt Ingolstadt und vor uns Sulzdorf.“

Nun ging es rascher vorwärts, und endlich brach die Sonne hervor und leuchtete auf weite offene Felder, über welche die Fahnen weiter-eilten. Plötzlich aber erscholl ein lautes Geschrei von vorn und von dem Nachzuge. Zu beiden Seiten erhoben sich Staubwolken. „Der Feind! Der Truchseß!“ schrien viele Stimmen. „Wir sind überfallen!“ antworteten andere.

Eine jähe Verwirrung ergriff die Scharen. „Zurück in den Wald!“ hieß der Anruf, mit dem sich die Glieder öffneten. „Der Truchseß die Reiter! die Ritter!“ erscholl es, und Hauptleute, Fähnriche, ganze Rotten begannen ein Laufen.

Zeller wurde die Sonne, weiter reichten die Blicke. Es war das Fürstenheer, das niemand so nahe geglaubt, und das nun, wie aus dem Boden hervorgewachsen, erschien. Bald ließ sich nicht mehr daran zweifeln, von Sulzdorf her kam es in dichten Massen. Seine Rennfahnen flogen zur Rechten und Linken; zweitausend eiserne Reiter machten die Erde zittern. Sie schnitten den Rückzug nach dem Walde ab, brachen auch aus diesem schon hervor.

Jetzt wußte Florian die volle Wahrheit. Er erkannte, daß der helle Haufen vernichtet sei, daß der Markgraf nicht gelogen hatte. Der Lärm in dem Waldtale war von einer Reiterschare entstanden, welche der alte Marschall Heinz bis gegen Würzburg geführt, und die ihnen heimlich nachgefolgt, bis sie, durch jenes Tal voraneilend, den Truchseß benachrichtigte, daß die schwarze Schar dicht an ihm sei. — Die Stunde war gekommen, wo gestritten und gestorben werden mußte.

Gregor von Bernheim, Jakob Köhl und viele tapfere Hauptleute halfen bei der Schlachordnung, und diese wurde um so leichter hergestellt, da viele von denen, welche nach dem Walde eilten, von den Reifigen eingeholt und niedergestochen wurden. Sechshunddreißig leichte Stücke verteidigten die Wagenburg, hinter welcher sich die Fahnen ordneten, so gut es anging, doch Schrecken und Ueberraschung brach vielen den Mut. Näher und näher kam die dunkle Wolke. Die Reifigen hielten den Haufen eingeschlossen, wie Wölfe, die eine Schafherde umkreisen, bis ihr ganzer Schwarm beisammen nun hineinspringen kann, Hirten und Hunde zu erwürgen. Sie sagten daran hin mit Schimpf und Hohn, wichen aber vor den Schüssen zurück. Doch jetzt rückten die Fürsten und ihr großes reißiges Zeug heran. Die Fahnen von Augsburg, Nürnberg, Ulm und anderen Bundesstädten, die Fahnen der Herren und Grafen und die Schützen des Kurfürsten, das furchtbare, schwere Geschütz donnerte in die Bauern, zerriß und zerschmetterte die Wagenburg, zerriß und zerschmetterte Menschen und Tiere. Ein furchtbares Gewühl, Jammer und Entsetzen entstand. Vergebens wollten die Hauptleute halten vergebens faßte Jakob Köhl die Fahne von Röttingen, vergebens warf sich der

Berufsstände in die Lage versetzt, ihre Leistungen dadurch zu verbessern, daß dieselben voll und ganz den Voraussetzungen der beruflichen Eigenart angepaßt werden können. Außerdem ist der Betrieb der Sozialpolitik in Selbstverwaltung weniger kostspielig als bürokratische Verwaltung. Die gesellschaftsabbildende Kraft der Sozialpolitik wird durch die Übernahme auch der Sozialversicherung usw. in die Selbstverwaltung der Beteiligten ebenfalls gestärkt, indem der einzelne in Tagen der Not sich durch seine „Berufsgenossenschaft“ im wirklichen Sinne des Wortes getragen und gestützt fühlt. Eine wirklich auf das Wohl des Gesamtvolkes bedachte Regierung sollte und müßte die jetzige Zeit mit ihrem Zwang zur Umwälzung auf den verschiedensten Gebieten benützen, um die Reform der bisherigen Sozialpolitik im ausgezeigten Sinne durchzuführen. Hier bietet sich eine ideale Möglichkeit, die Soziallehren des Christentums in umfassendster Form praktisch zu verwirklichen oder doch zumindest ihre Verwirklichung einzuleiten.

Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich zu dieser vordringlichsten Notwendigkeit unserer Zeit und sind bereit, sich mit vollster Kraft in den Dienst ihrer Durchführung zu stellen.

Nach dem wiederholt von Beifall unterbrochenen, innerlich packenden Vortrag des Professors Brauer ergriff der Gesamtverbandsvorsitzende O t t e (Berlin) das Wort zur

Schlussansprache,

In der er sich gegen die in verschiedenen Blättern gegebene Darstellung wandte, als ob die Stellungnahme des Kongresses gegen die Regierung Papen vom parteipolitischen Gesichtspunkte diktiert sei. Wir wenden uns nur gegen einen Kurs, der volksfremd und reaktionär ist. Auch das Ankerbelungsprogramm bekämpfen wir nicht aus parteipolitischen Gründen, wir bekämpfen es, weil es wirtschaftlich voll innerer Widersprüche ist. Der Weg zum Besseren ist nicht leicht und auch nicht kurz. Der Weg ins Freie ist nur zu finden auf einem Kurs, der auf wahrer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit aufgebaut ist. Unsere Parole ist:

Höchste Aktivität, heiliger Kampf für Volk und Arbeiterrecht, für einen neuen Volksaufbau.

Der Kampf soll sich stützen und seine Kraft schöpfen aus dem ewigen und unvergänglichen Quell der Grundsätze eines lebenswahren und echten Christentums. Wir verbinden unseren Kampf mit dem unbezwingbaren Glauben an die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes, einem Vaterlande, dem unsere heiße Liebe, unsere Treue und unsere Hingabe gehört, einem Vaterlande, in dem herrschen sollen, wie es in dem Deutschlandlied heißt, Einigkeit und Recht und Freiheit.

Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften und das deutsche Vaterland sowie mit dem Gesang des Deutschlandliedes fand der 13. Kongreß seinen Ausklang.

Entschliefungen des Kongresses Gegen die Notverordnungen

Bittere Not und tiefstes Elend lasten unerträglich auf der deutschen Arbeiterschaft, deren Fleiß und Können die Grundlagen des einstigen Reichtums des Volkes waren und deren Tüchtigkeit und Fähigkeit die Hoffnungen auf den Wiederaufstieg des deutschen Volkes sind.

Die Millionen Arbeitslosen leiden Hunger. Riesengroß ist das Ausmaß ihrer Not. Die Regierung hat durch die Juni-Notverordnung Unterstützungssätze verfügt, die selbst die bescheidenste Lebensführung nicht mehr gestatten. Nach Abzug der Miete verbleiben erbärmliche Beträge von 25, 20, 15, selbst 7 Pf. je Familienmitglied und Tag, die den kargsten Ernährungsbedarf nicht mehr decken.

Den Arbeitsinvaliden, den in jahrelanger treuer Pflichterfüllung altgewordenen Arbeitern, den Witwen und Waisen gibt die Notverordnung Rentenbeträge, die in keinem gerechten Verhältnis zu der einstigen Beitragsleistung mehr stehen und die auch diese Kreise der völligen Armut preisgeben.

Aber auch Hunderttausende noch in Arbeit stehender sind nach wiederholtem Lohnabbau bei weitgehender Kurzarbeit nicht besser gestellt als die hungernden Arbeitslosen. Die September-Verordnungen der Reichs-



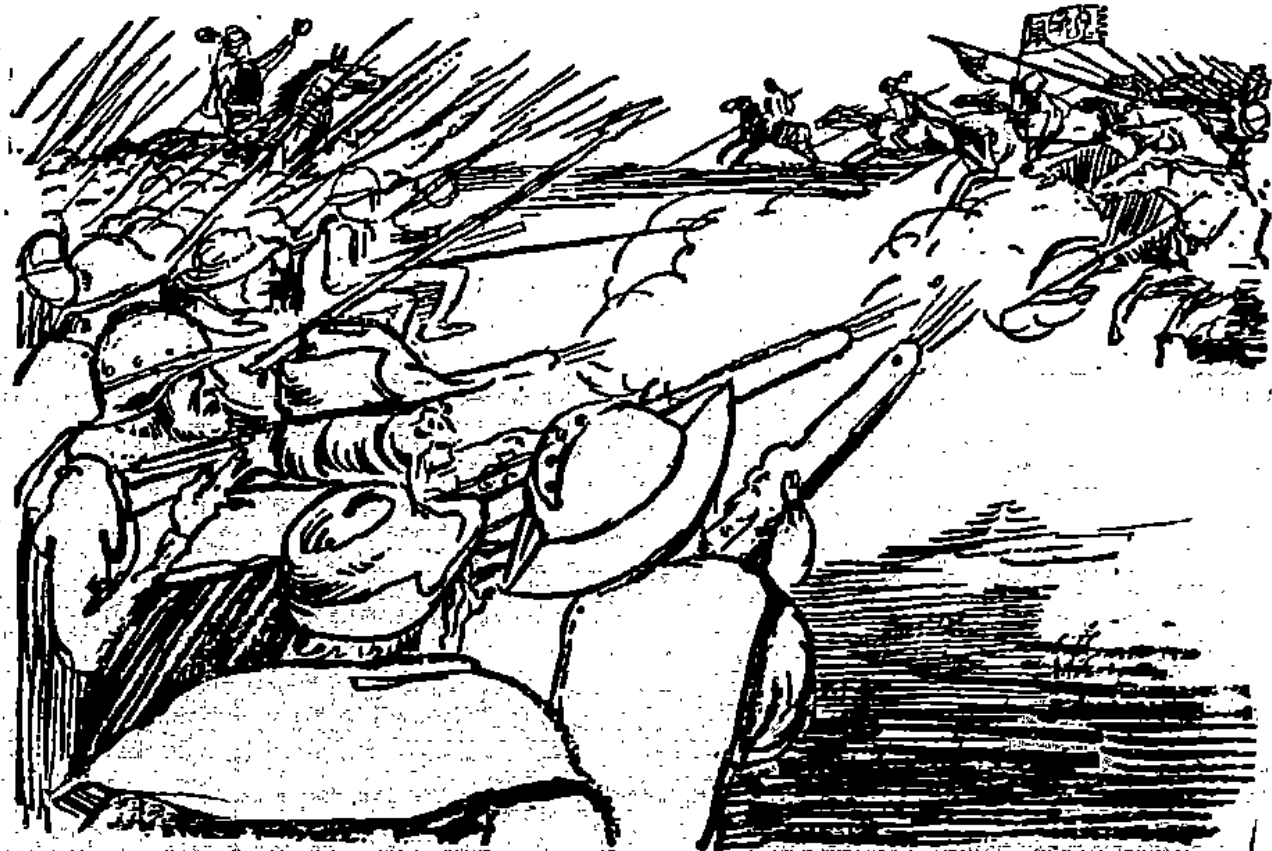
Jacobthaus im Malkastengarten

tapfere Gregor den Fliehenden mit dem Schwert entgegen. Aus der Wagenburg liefen sie dem Walde zu und wurden erritten, erstochen, totgeschlagen; ein entsetzliches, blutiges Gemetzel bedeckte bald die Heide.

„Laßt keinen der Schelme am Leben bleiben!“ rief der Truchseß, als sechzig sich den Reitern ergeben hatten, und bald lagen sie durchstochen auf einem Haufen. „Was steht noch?“ fragte er und deutete auf einen dunklen Knäuel, der sich langsam von dem Schlachtfelde gegen Ingolstadt bewegte.

„Es ist die schwarze Schar, gnädiger Herr“, antwortete der alte Marschall, „von ihr ist keiner entwichen und gelaufen.“

Das magere, finstere Gesicht des Felbherrn erhellte sich. „Ja, Florian Geyer!“ rief er, „hab' ich dich! Meine Rennfahne wolltest du nicht, jetzt sollst du einen anderen Weg gehen. Wer ihn lebendig fängt, soll hohen Lohn haben.“



„Ich will ihm zeigen, was Reiter vermögen“, sagte der Marschall. „Vorwärts, ihr Reissigen, laßt sehen, was Handrohre und Spießes wert sind.“

Und mit fünfhundert Reitern rasselte der Marschall im vollen Lauf auf die schwarze Schar, die in zwei dichten Haufen ihn erwartete. Doch jetzt zuckte das rote Feuer überall, Kopf und Mann stürzten, die langen scharfen Spieße durchbohrten die einzelnen, welche einbrangen, die meisten wandten sich zur Flucht, mit schwerem Verlust mußte der Marschall weichen.

„Wir müssen sie dennoch haben!“ schrie er voll Mut, „wie kann der Bauer vor dem Reiter bestehen.“ Er nahm die Tapfersten zusammen, rauschte noch einmal auf den Haufen, und da er wieder geschlagen war, versuchte er es zum dritten Male, dann steckte er sein Schwert ein und ritt zurück.

Der Truchseß kam ihm mit dem Pfalzgrafen und einem großen Gefolge edler Herren entgegen. „Was ist das, Marschall“, rief er. „Ihr seid geschlagen worden und laßt dies meuterische Gesindel entkommen!“

„Gnädiger Herr“, antwortete der alte, tapfere Ritter, „es ist Zeit, daß ich sterbe. Ich habe gesehen, was ich nimmer zu sehen meinte, und fürchte, es ist vorbei mit Ritterschaft und Reiterschaft. Florian Geyer hat recht behalten, und dies sind Männer, davor hütet Euch. Wären alle so wie sie, dann möchte die Kuh vom Schwanenberge wohl brüllen, daß Erde und Himmel davor zittern.“

Die Edelleute im Gefolge des Kurfürsten spotteten, der Fürst aber rief seinen Trabanten zu: „Hierher, meine Ritter und Reiter. Wir wollen dieser Kuh auf immer das Brüllen verlernen.“

Und um ihn sammelte sich eine dichte Schar stolzer Herren, die den Bauer so wenig achteten, wie einst Dietrich von Weller. Zwölfhundert in Panzer und Koller, auf hohen Rossen, eingehüllt in einen Wald scharfer Lanzen, bildeten einen furchtbaren Schlachtkreis, gegen den kein Widerstand möglich schien. Schnell und schneller fuhr er gegen das Häuflein an, das wenig stärker, als die Hälfte seiner Zahl, langsam weiter wich und bald erreicht sein mußte. Hoch über die Spieße und Büchsen ragte auf dem schwarzen Renner Florian Geyer, weithin kenntlich und allen seinen Feinden das Ziel ihres rachelustigen Verlangens.

regierung erstreben weiteren Lohnabbau bis zu 27%, bei dessen Durchführung die Lebensgrundlage weiterer Millionen von Volksgenossen zerstört wird.

Diese harte Not der Arbeiterschaft muß besonders drückend empfunden werden, da die Reichsregierung mit der Belastung der arbeitenden Schichten eine gleichzeitige Entlastung der bestehenden Kreise durch weitgehende Steuergeschenke verbunden hat.

Diese Zustände, die der christlichen Gerechtigkeit widersprechen und den Glauben an den sozialen Willen der Staatsführung vernichten, werden zu den schwerwiegendsten Folgen für das gesamte Volks- und Staatsleben führen.

Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften fordert deshalb mit aller Entschiedenheit eine sofortige entscheidende Umkehr in dieser einseitig die Arbeiterschaft belastenden Politik des Reiches.

Der Kongress fordert die sofortige Aufhebung der unsozialen Bestimmungen der Notverordnungen.

Gegen Autarkiebestrebungen

Rund 70% der Bevölkerung erwirbt den Lebensunterhalt in Industrie, Handel und Gewerbe. Deutschlands Wirtschaft ist mithin auf den Warenaustausch mit anderen Ländern angewiesen.

Alle Bestrebungen, die sich in einseitiger Weise auf die Pflege des Binnenmarktes beschränken und den deutschen Außenhandel zum weiteren Ein schrumpfen bringen, sind abzulehnen. Sie werden eine weitere starke Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Industrie, Handel und Gewerbe nach sich ziehen.

Der von der Regierung Papen eingeleitete Übergang von der Meistebegünstigung zur Kontingentierung wird den Absatz deutscher Ausfuhrwaren verringern. Die Folgen der Gegenmaßnahmen des betroffenen Auslandes machen sich bereits bemerkbar.

Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands lehnt jede Agrarpolitik ab, die den Lebensraum und die Existenzmöglichkeiten der Arbeiter weiter einschränkt. Der Kongress warnt die Reichsregierung, ihre Wirtschaftspolitik von einseitigen Interessen leiten zu lassen. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, ihren ohnehin schon unerträglich herabgedrückten Lebensstandard noch durch überhöhte Lebensmittelpreise und Nahrungsmittelbesteuerungen weiter verschlechtern zu lassen.

Für Deutschland und die Freiheit

Die politischen Ereignisse der jüngsten Tage erfüllen die christlichen Gewerkschaften mit größter Sorge. Ihr staatspolitischer Wille war stets auf aktive und positive Mitwirkung beim Aufbau eines nationalen und sozialen, eines wahrhaft christlichen Volksstaates gerichtet. Ihre Mitarbeit setzt eine Staatsführung voraus, der die Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Schichten des Volkes oberstes Gesetz ist. Eine Staatsführung vor allem, die getragen ist vom verfassungsmäßigen Willen des Volkes. Eine Staatsführung, deren Geist und Taten die Sorge um das Lebensrecht und das Lebensauskommen aller Volksgenossen beweisen.

Die Herrschsicht, aus der die Regierung Papen gebildet wurde, schien der christlichen Arbeiterschaft von Anfang an dafür keinerlei Gewähr zu bieten. Die Entwicklung hat die Berechtigung dieser Befürchtung schlagend bewiesen. Die letzten Notverordnungen treiben weiteste Kreise der Arbeiterschaft in den Hunger. Die Wirtschaft kann unmöglich gesund sein, wenn die Kaufkraft, wenn die Lebenskraft der breiten Massen einfach erdrückt wird. Zum Ueberfluß wirkt die Reichstagsauflösung neue Beruhigung in Volk und Wirtschaft. Die erneute Auflösung erweckt weiter den Eindruck, als sollten Wille und Recht des Volkes immer mehr ausgeschaltet und der Diktatur der Weg geebnet werden. Diese Entwicklung

In einem Augenblick sah er, daß er den Wald nicht mehr erreichen konnte, daß die einzige Rettung das kleine Dorf Ingolstadt zu seiner Linken sei, dicht vor diesem der Kirchhof und die Kirche auf erhöhtem Rand, dahinter die Ruine des alten Schlosses, das die Bauern erst kürzlich ausgebrannt und zerstört hatten. Und jetzt zeigte sich die todesmutige Entschlossenheit, welche Führer und Volk befeuerte, mit der Kriegsübung verbunden, die Florian ihm gegeben hatte. Nicht einer wich aus den Reihen; ohne Hast, ohne ihre Schlachtordnung zu stören, schweigend und dicht geschlossen, folgten sie dem Rufe ihres Hauptmannes, und mit rascher Wendung stiegen sie die Höhe zum Dorfe hinauf.

Das furchtbare Geschrei der anstürmenden Reiter schallte ihnen nach. Teils galt dies dem nahe Siege, teils dem unerwarteten Entschlusse der Bauern.

„Wir haben sie!“ rief der Kurfürst, „sie können nicht mehr entkommen. Mir nach, ihr frommen Reifigen!“ Mit verhängten Zügeln sprengte er voran, allein es ging nicht so leicht, wie viele meinten. Der aufwärts steigende Boden hinderte die Rosse, und eben erreichten die Schwarzen die Dornenhecke, welche das Dörfchen und den Kirchhof umzog. Noch war kein Schuß gefallen, kein Mund hatte sich geöffnet; nun aber trachten hinter den Hecken hervor die Büchsen, die langen Spieße glänzten durch das Gezweig. Eine Wolke von Pulverdampf wälzte sich über den Rajen, und aus ihr hervor jagten reisterlose Rosse, erscholl der weit hallende Schrei: „Freiheit! Evangelium!“

Der Truchseß hatte mit dem Bischof von Würzburg, dem Verweser von Mainz und anderen Herren dem Angriff zugehauert, sein Feldherrenauge aber wohl bemerkt, was die Bauern taten, und wie die Herren zu Schaden kamen. Mit allem Geschütz und allen Bundesfahnen eilte er ihnen nach dem Dorfe zu und ließ den Schenk von Schwarzenberg mit den Schützen von der Verfolgung zurücksetzen. Manche der tapfersten

beschwört ein Verhängnis für Volk und Staat herauf. Sie muß die Arbeiterschaft in die schärfste Opposition gegen den Staat überhaupt stoßen.

Die christlichen Gewerkschaften stehen dieser Gesamtentwicklung in entschiedenster Abwehr gegenüber. Mit stärkstem Nachdruck protestieren sie gegen die sozialen Ungeheuerlichkeiten der letzten Notverordnungen. Sie warnen vor jedem Spiel mit verhüllter oder offener Diktatur. Sie widersetzen sich auf das entschiedenste allen Maßnahmen, die eine noch weitere Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft unfehlbar nach sich ziehen müssen.

Dringend erforderlich ist die Bildung einer wahrhaft nationalen und sozialen, vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung. Nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit von Volk und Regierung können die großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufgaben von Staat und Nation gelöst werden. Nur eine solche Zusammenarbeit schafft ein einiges, starkes und freies Deutschland, das sich stark und frei auch im Kreise der Weltvölker durchsetzt.

Der Düsseldorfer Kongress der christlichen Gewerkschaften ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß er sich in diesen geschichtlichen Tagen zum Sprecher und Anwalt für viele Millionen staatsstreuer Deutscher macht. Seine Stimme verlangt Gehör. — Für Deutschland und seine Freiheit!

Bekanntmachung

Sonntag, den 2. Oktober 1932, ist der 41. Wochenbeitrag fällig.

Regensburg. Das Mitglied unseres Verbandes Franz Singer, geboren am 28. 9. 1912, eingetreten am 26. 7. 1929, Buchnummer 802 739, hat auf der Wanderschaft sein Buch verloren. Der Kollege befindet sich auf Wanderschaft.

Breslau. Das Mitgliedsbuch Nr. B 6495 ist dem Kollegen Karl Reimann, geboren am 5. 11. 1907, eingetreten am 20. 4. 1930, auf der Wanderschaft gestohlen worden.

Die Bücher sind anzuhalten.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften (S. W.), S. 541. Unsere gewerkschaftlichen Aufgaben nach dem Kongress (Wbr.), S. 542. Der Auftakt zum Düsseldorfer Kongress, S. 542. Verlauf des 13. Kongresses der christlichen Gewerkschaften, S. 543.

Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mügge), S. 549.

Bekanntmachung:

Seite 552.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Dulsburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerei, s. G. m. b. H., Duisburg.

Reiter waren über die Hecken geseht; hier wurden sie niedergestochen, viele andere fielen zu Fuß, sie wollten nicht zurück, aber die wohlgezielten Kugeln der schwarzen Schützen warfen sie nieder. Die Leichen lagen dicht, als die Trompeten endlich Umkehr geboten, und mancher Blick wandte sich mit Grauen zurück, denn ein gellendes Hohngelächter schallte den edlen Herren nach. Auf dem Gemäuer am Kirchhofe stand ein entsetzlich Wesen; war es ein Weib, war es ein Gespenst, es wußte keiner. Es tanzte auf dem Steine im Pulverqualm, wie eine greuliche Sere anzusehen, und als jetzt der Truchseß alle die großen Kanonen abbrennen ließ, die Kugeln umher einschlugen, die Bäume zerschmetterten und blutige Leiber zermalmten, als die Fußknechte und Schützen mit Trommeln und Pflöcken und mit Schießen und Stechen vom Dorfe heraufkamen, ein Teil der tapferen Schwarzen vertrieben und auf den Kirchhof gedrängt wurde, der andere Teil, Schritt für Schritt kämpfend, sich in die Schloßruinen warf, da tanzte und heulte und sang und lachte das gespenstische Weib noch viel schrecklicher, und es war, als könnte keine Kugel es treffen, wie viele ihm auch durch die wirren flatternden Haare flögen. Was geschah, hatte Florian angeordnet. Das Schloß war zu klein, um alle seine Krieger aufzunehmen, so ließ er zweihundert auf dem Kirchhofe zurück; Männer, die keine Gnade hofften, keine verlangten. Bald war der Kirchhof von allen Seiten angetannt, doch Florian hatte ihnen gesagt: Ihr sollt fechten bis auf den letzten Mann, damit wir das Schloß inzwischen verbauen. Und so fielen sie um jedes Grab um jeden Baum, bis vor den Tausenden, die sich um sie drängten, kein Bleiben mehr war, und die noch lebten, in der Kirche beisammen standen.

Und vom Dache und vom Turme, aus jedem Fenster und aus jedem Loch blühten die Büchsen; die, welche die Türme stürmen wollten, lagen zu Haufen davor, es wollte kein Knecht mehr heran.

(Schluß folgt).